

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Jahrespreis: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 7. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Jahrespreis: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
Bietzeitung 3,90 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzeln Nummer 6 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat.
Eingetragen in der Post-Zeitungs-
preisliste für 1903 unter Nr. 8203.
Unter Kreuzband für Deutschland und
Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das
übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerbliche Inserate
und Bekanntmachungen 20 Pf.,
„Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sam- und
Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“.

Das Wirtschaftsjahr 1902.

Nach den starken Erschütterungen, die das Krisenjahr 1901 dem deutschen Wirtschaftsleben gebracht hatte, den Stürzen, Fallissements, Bankzusammenbrüchen und Arbeiterentlassungen, begann das Jahr 1902 mit allerlei, durch Prophezeiungen von Finanzautoritäten genährten Hoffnungen, daß der auf der Hochkonjunktur der Jahre 1898/1900 gefolgte Rückschlag sein Ende erreicht habe und in der durch wechselnde Auf- und Abwärtsbewegungen charakterisierten Sturvenbewegung der kapitalistischen Wirtschaft die Entwicklung wieder an eine Stelle angelangt sei, von der es nur noch ein Hinan- gehen. Und tatsächlich sahen es zunächst, als sollte diese Hoffnung sich verwirklichen, die Kurse stiegen, die Berichte aus den Industrie- gebieten konstatierten vielfach eine lebhaftere Beschäftigung und die Ausfuhr verschiedener Industriezweige, vornehmlich der Eisen- und Stahlindustrie, ferner aber auch der chemischen und der Textilindustrie erfuhr beträchtliche Steigerungen. Und wenn die Artikel dieser Industrie auch meist zu weit niedrigeren Preisen, als in den vergangenen Jahren, auf dem Auslandsmarkt angeboten werden mußten, um Abnahme zu finden, so gestattete die Ausfuhr sie doch den industriellen Unternehmungen der betreffenden Branchen ihren Betrieb ziemlich in allem Umfang aufrecht zu er- halten — bis die erwartete Erstarung des inneren Marktes nach- helfen werde. Leider zeigte sich bald, soweit die günstigen Situationsberichte nicht nur den Zweck der Stimmungsmache ver- folgten oder die speziellen Verhältnisse einzelner Unter- branen in unzulässiger Weise verallgemeinerten, die „Belebung des Geschäfts“ nichts anderes war, als jene leichte Steigerung der Beschäftigung, die sich alljährig zu Beginn des Frühjahres in verschiedenen Industriezweigen einzustellen pflegt.

Widerlegt wurden die Behauptungen, das Wirtschaftsleben sei wieder im Aufsteigen begriffen, durch die schon im Januar hervor- tretende ungünstige Lage des Kohlen- und Coalsmarktes. Jeder industrielle Aufschwung bewirkt alsbald einen starken Abfall von sogen. Industrieohle und von Coals. Besonders nicht jede stärkere Anspannung der Eisen- und Stahlindustrie naturgemäß binnen kurzen einen vermehrten Bedarf der Coaleisen nach sich. Anstatt die Produktion zu steigern, erhöhte aber noch am 13. Januar das Coalsyndikat seine Produktions- einschränkung auf 43 Proz., und zu dieser Maßnahme gestellten sich alsbald verschiedene ungünstige Betriebsausweise größerer Ge- sellschaften und vereinzelt ungünstige Mitteilungen über die Lage des Kohlenbergbaues im Ruhrrevier, die Ende Februar ihre Be- stätigung durch einen trüben Situationsbericht des Kohlenhandlats fanden. Dennoch vermochten diese verschiedenen Anzeichen, die auf eine Fortdauer, wenn nicht auf eine Verschärfung der Krise deuteten, den Optimismus, der fast überall in den Aufstellungen industrieller Korporationen und des größeren Teils der Handelspresse hervortrat, nicht zu bannen. Selbst die Verwaltung des Coalsyndikats hatte, als sie die Produktionsbeschränkung von 43 Proz. veränderte, als ihre Ansicht hinzugefügt, daß sie trotzdem den Zeitpunkt der Krise, welche die Eisenindustrie betroffen habe, für überschritten halte. Und ähnlicher Meinung waren recht viele andere sogenannte „Autoritäten“ und „Nichtautoritäten“, wie denn auch die Kurse des Kohlen- und Eisenmarktes zunächst, wenn auch mit verschiedenen Unterbrechungen, ihre Aufwärtsbewegung fort- setzten, bis gegen Ende Februar der Rückgang des Kohlenabfahes sich nicht mehr verschleiern ließ, überall im Ruhrrevier Zehntausende eingelegt und Arbeiterentlassungen vorgenommen wurden und das rheinisch-westfälische Coalsyndikat sich am 21. März zur Erhöhung der Förderbeschränkung von 20 auf 24 Proz. gezwungen sah.

Und diese rückläufige Bewegung hielt auch in den nächsten Monaten an, so daß sich für die acht Monate von Januar bis Ende August die Gesamtproduktion an Steinkohlen in Preußen auf 64,80 Millionen Tonnen gegen 67,16 Millionen in demselben Zeitraum des ebenfalls schon völlig unter dem Einfluß der Krise liegenden Vorjahres (1901) stellte, die Produktion von Braunkohlen auf 22,66 gegen 24,25 Millionen Tonnen, von Coals auf 5,79 gegen 6,17 Millionen Tonnen. Dennoch und obgleich die Ausfuhr von Steinkohlen die des Jahres 1901 überstiegt, hatten sich überall zu Anfang September bei den Zechen und an den Rheinhäfen bedeutende Vorräte angesammelt.

Eine Entlastung fand erst statt, als sich im September- Oktober infolge des Streiks der Kohlenarbeiter des pennsylvanischen Anthracitkohlen-Reviers in den Vereinigten Staaten von Amerika eine Kohlennot einstellte und zugleich in Frankreich die Gruben- arbeiter in den Aufstand traten. Zwar hat der direkte deutsche Export von Steinkohlen nach den Vereinigten Staaten durch den dortigen Streik nur eine äußerst geringe Steigerung er- fahren, wohl aber zog die Coalsproduktion davon Nutzen, und außerdem hatte der Export englischer Kohle nach drüben zur Folge, daß die englische Konkurrenz auf dem belgischen und niederländischen, wie auf dem nordfranzösischen Markt gegenüber dem deutschen Export an Terrain verlor. Trotz des Anwachsens des Exports im Oktober/November und des durch den frühen Eintritt des Frostwitters gesteigerten Bedarfs an Hausbrandkohle wird indes die deutsche Gesamtproduktion von Stein- und Braunkohlen während des Jahres 1902 kaum die Ziffern des Vorjahres erreichen. Ende November betrug die deutsche Produktion an Steinkohlen erst 97,83, dagegen im Vorjahr bereits 98,97 Millionen Tonnen.

Nach mehr als die Entwicklung der Kohlenindustrie enttäuschte die Gestaltung des Eisen-, Metall- und Maschinenmarktes im ab- geflossenen Jahre. Allerdings die Erzeugung von Roheisen hat nicht abgenommen; sie wird sogar die des Vorjahres voraussichtlich um etwas übersteigen, denn nach den Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller bringt bis Ende November die vor-

jährige Roheisenproduktion 7 648 665 Tonnen, während in 1901 die Produktion bis zu demselben Zeitpunkt nur die Summe von 7 144 432 erreichte. Und auch die Fabrikation von Halbzeug wird nach den verschiedenen Mitteilungen nur um einige Prozent hinter dem Jahre 1901 zurückbleiben. Aber von dieser Erzeugung wurde nur ein im Vergleich zu früheren Jahren stark verkürzter Teil in Deutschland selbst verbraucht; fast die Hälfte mußte in das Ausland abgestoßen werden — und zwar zu Preisen, die meist um 20—35 Proz. unter denen des Inlandsmarktes standen. Wie bedeutend der Konsum des deutschen Marktes zurückgegangen ist, zeigt sich deutlich darin, daß in den Aufschwungsjahren 1896 bis 1900 der jährliche Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung 102 Kilo- gramm betrug, 1901 hingegen nur 89 Kilogramm, und in 1902 dürfte er kaum 71—72 Kilogramm übersteigen.

Welt schwerer als die Roß- und Halbzeugproduktion hatte die Produktion eiserner und stählerner Fertigwaren, besonders die Klein- Eisenindustrie und vor allem die Maschinenfabrikation mit nighst- Verhältnissen zu kämpfen. Hand die Roß- und Halbzeugproduktion in den bedeutenden Exporten wenigstens teilweise Erfolg für den verminderten Absatz auf dem Innenmarkt, so hatte die deutsche Maschinenindustrie außer mit dem Rückgang des inneren Konsums auch mit einer weiteren, beträchtlichen Abnahme des Bedarfs ihrer fremden Absatzmärkte zu rechnen.

Recht verschiedenartige Jüge zeigte der Geschäftsgang in der Textilindustrie; doch war im ganzen die Beschäftigung, wenn auch nicht viel besser, so doch auch nicht schlechter als im Jahre 1901. Allerdings hatten nicht alle Branchen und alle Industriezweige des Textilgewerbes an der relativ guten Geschäftslage den gleichen Anteil. In der Spinnerei war z. B. durchweg die Tätigkeit reger als in der Seiden- und Sammetfabrikation, in dieser wieder leb- hafter als in der Baumwollweberei.

Und entsprechend dem stärkeren oder geringeren Vorwiegen der einen oder andern Branche in den einzelnen Bezirken lassen sich denn auch, was Beschäftigung und Arbeitslosigkeit anbelangt, mancherlei Abweichungen konstatieren. So war in den westdeutschen Industrie- revieren des Textilgewerbes fast das ganze Jahr hindurch der Geschäftsgang flotter als in Schlefien, und in Schlefien wieder günstiger als im südlichen Teil Sachsens.

Auch das Sangewerbe und die mit ihm zusammen- hängenden Erwerbszweige zeigten ein sehr verschiedenes Bild. In den Industriebezirken Rheinlands, Westfalens und Schlefens, in denen die Kohlen-, Eisen-, Stahl- und Maschinenfabrikation vor- herrscht, war durchweg die Bauhäufigkeit eine beschränkte. Neue Fabriken wurden nicht errichtet, und selbst der Wohnungsbau blieb infolge der Abwanderung einzelner Arbeiterkategorien beträchtlich hinter früheren Jahren zurück. Dagegen wurde in manchen Groß- städten viel gebaut; darunter auch in Berlin, dessen Bau- häufigkeit nur äußerst wenig von der Krise beeinflusst wurde. Allen Anzeichen nach wird auch das nächste Jahr für Berlin ein „gutes Baujahr“ werden.

Dieser Wirtschaftslage entsprachen die Arbeitsmarkt-Verhältnisse. Zu Beginn des Jahres herrschte auf dem Arbeitsmarkt ein be- ängstigendes Ueberangebot von Arbeitskräften. Während im Januar 1901 bei den öffentlichen Arbeitsnachweisen, soweit sie der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Verichte angeschlossen sind, auf je 100 offene Stellen nur 100 Arbeitssuchende kamen, stellte sich im Januar 1902 das Verhältnis auf 100 zu 220. Die Aufnahme der Frühjahrsarbeiten verringerte die Ziffer der Arbeitsuchenden auf 147 für je 100 offene Stellen; doch brachten schon die nächsten Monate wieder eine Zunahme der Stellennachfrage. Im Ganzen hatte während des Sommers und Herbstes der Arbeitsmarkt daselbe trübe Aussehen wie im Jahre 1901. Erst im November gefaltete er sich, da die Eisen-Großhändler ihre bisher zurückgehaltenen Aufträge den Eisen- und Stahl- werken einlieferten, und zugleich das Weihnachtsgeschäft mehr Arbeit brachte, als erwartet worden war, günstiger, so daß im Vergleich zum vorausgegangenen das Jahr 1902 in dieser Hinsicht etwas besser abschließt. Leider ist nur auf ein Andauern der Besserung kaum zu rechnen. Die Verschlechterung des amerikanischen und englischen, teilweise auch des französischen Marktes, die Fort- dauer der Krise in Rußland lassen befürchten, daß der Export einer Reihe deutscher Industrie nach diesen Ländern mehr oder weniger beträchtliche Einbußen erleiden und dadurch das deutsche Wirtschafts- leben im begonnenen Jahre erneut vor schwere Kämpfe gestellt werden wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Januar.

Eine Statistik der Junkermacht

und Junkerinteressen bringt seit einiger Zeit in sehr dankenswerter Weise das „Deutsche Adelsblatt“. Dieses Organ der Adelsgenossen- schaft veröffentlicht nämlich fortlaufend Angaben über den Besitz des Adels in den preussischen Provinzen, die zeigen, wie der Adel immer noch das Landmonopol hat und welche Interessen bei den Sucher- zöllen für ihn auf dem Spiele stehen. Die Familien, deren Güter- besitz in diesen Veröffentlichungen statistisch festgestellt wird, beherrschen in Preußen die Regierung, die Verwaltung, die Armee, ihre Spröß- linge sitzen im Reichstag, im Herrenhaus, im Abgeordnetenhause, sie üben als die gnädigen Herren von Gutbezirken eine verhängnisvolle Macht. Kein Wunder, daß die herrschende Politik mehr wie die Verhandlungen eines Adelsstages als wie die Vertretung von Volks- interessen anmutet.

Die neueste Nummer beginnt mit der statistischen Schilderung der Provinz Brandenburg. Diese ostelbische Provinz zählt „nur“ 923 adelige Güter (Pommern 1180) mit 830 000 Hektar Landes. Der Regierungsbezirk Frankfurt birgt 302 derartige Güter mit

400 000 Hektar, der Regierungsbezirk Potsdam 531 mit 430 000 Hektar. Diese 923 Güter gehören etwa 290 Familien, darunter 180 dem Uradel, 100 dem neueren oder ausländischen Adel angehörig. Jede dieser 290 Familien besitzt also im Durchschnitt rund 3200 Hektar. Diese 290 Familien besitzen zusammen mehr als die tausendmal größere Anzahl der 261 108 Kleinbäuerlichen Betriebe bis 20 Hektar, die in der Provinz Brandenburg 678 140 Hektar zusammen um- fassen. Nimmt man nur die Parzellenbauern, so ergibt sich, daß alle 178 045 Hergsbetriebe fast nur ein Zehntel des Be- sitzes der 290 Familien enthalten: 92 267 Hektar. Da können die 290 freilich leicht Bauern spielen. Ferner: Im Durchschnitt kommen in der Provinz Brandenburg auf einen landwirtschaftlichen Betrieb 8 Hektar, die Junkerfamilie hat im Durchschnitt das 400fache: 3200 Hektar. Die 290 besitzen überhaupt mehr als ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Fläche der Provinz, die sich insgesamt in 24 608 Betriebe teilt. Die wirtschaftliche Uebermacht des Junker- tums tritt in diesen Zahlen eindringlich hervor.

Dabei beklagt sich der Adelsstatistiker, Herr Wolf v. Vila-Hain- rode, daß die Hauptstadt Berlin insofern ungünstig eingewickelt hat, als viele Güter nahe Berlins aus diesem Besitz ausgeschlossen sind. Tretdem tritt eine nicht unbedeutende Konzentration der Güter in die Erscheinung. Zwischen 1890 und 1900 — wo die Statistik auf- genommen ist — haben sich die adeligen Güter um zehn vermindert, die Gesamtläche ist aber um 3000 Hektar gewachsen.

Von den 35 Familien, welche über 5000 Hektar und zusammen 450 Güter und 9 Ständesherrschaften haben, besitzen

Anzahl	Güter	mit	7 265 Hektar
Arnim	93		76 342
Brand	7		9 440
Bredow	26		10 800
Bud.	8		8 828
Drühl	{ 2 Herrschaften }		21 918
	{ 3 Güter }		
Eckhardstein	18		18 477
Eulenburg	4		5 311
Finkenstein	7		9 464
Gagen	9		8 215
Gardenberg	{ 1 Herrschaft }		8 373
	{ 1 Gut }		
Hohenzollern	8 Güter		23 783
Houwald	{ 1 Herrschaft }		7 655
	{ 1 Gut }		
Killing	6 Güter		6 000
Kleist	9		6 686
Lynar	{ 1 Herrschaft }		7 308
	{ 9 Güter }		
Mattwig	7		5 758
Pughl	11		6 128
Ngl. Haus Freuden	37		62 174
Redern	21		16 263
Rohow	13		12 511
Rohr	15		10 393
Saldern	12		10 118
Schierstädt	4		6 470
Schulenburg	{ 1 Herrschaft }		10 141
	{ 5 Güter }		
Schwerin	15		11 426
Solms	{ 3 Herrschaften }		10 682
	{ 19 Güter }		
Sydow	7		6 864
Treskow	7		6 416
Treslow	17		12 116
Woh	8		18 640
Wätgen	{ 1 Herrschaft }		7 416
	{ 5 Güter }		
Wedel	15		10 602
Werthern	3		5 231
Winterfeld	16		9 900

Den Löwenanteil haben also die Familien Arnim und das preussische Arnigshans, die allein in der einen Provinz Branden- burg 76 342 und 62 174 Hektar Landes besitzen!

Wie groß die Vorteile, die den adeligen Familien aus der Zoll- politik erwachsen, bedarf danach keiner weiteren Berechnung. —

Die französischen Senatswahlen.

Paris, 5. Januar. (Eig. Ber.)

Das beschränkte bzw. indirekte Senats-Wahlrecht hat in Ueber- einstimmung mit dem allgemeinen Kammer-Wahlrecht die anti- liberale Politik der Regierung und des Kartells der Linken gut- gehehen.

Die letzte Drittels-Erneuerungswahl feht kräftig den Ruf nach links fort, der seit den Senatswahlen von 1897 innerhalb des präsi- dentierten Wahlkörpers in die Erscheinung getreten ist. Zu bedenken ist freilich, daß dieser Wahlkörper doch keineswegs von der Wähler- masse des allgemeinen Wahlrechts isoliert ist. Alle Senatswähler sind selbst aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangene Mandatäre zweiten und dritten Grades: Deputierte, Generalrats- und Bezirksrats-Mitglieder und besonders von den Gemein- de-räten gewählte Wahlmänner. Im Vergleich zum preussischen und sächsischen Landtags-Wahlrecht ist das Wahlsystem zum franzö- sischen Senat, ausgestellt von der reaktionär-monarchistischen Versajler Nationalversammlung, fast ein demokratisches zu nennen, ungeachtet auch der ungleichen Verteilung der Mandate im Ver- hältnis zur Bevölkerung. Die Besonderheiten des Senats-Wahl- systems nebst der neunjährigen Mandatsdauer verlangsamen die fortwährenden Wirkungen des Willensandrudes der allgemeinen Wählermasse, ohne aber dieselben auf die Dauer hinterhalten zu können.

So hat der Senat seiner Zeit im Gefolge der Deputierten- kammer nach und nach seine liberal-monarchistische Mehrheit auf ein

Keines Jährlein zusammenzuzwängen sehen. Während des Vorkriegs hat er sich dann als eine Schutz- und Trutzwort der Republik gezeigt, nachdem in den Kammerwahlen von 1883 die Zahl der Monarchisten und Staatsrechtler auf 200 an-geschwollen war. Ja, selbst während der Dreifus-Streife hat der Senat sich auch in den schlimmsten Zeiten immerhin nicht so feige gegenüber dem Generalkassabankett benommen, wie die vom chaotischen Säulen gelähmte Deputiertenkammer. Als Hüter der formal-republikanischen Einrichtungen betätigt also der Senat das, was man die seinen Mängeln entsprechenden Tugenden nennen könnte: sein Mißtrauen macht ihn überhaupt widerstands-fähiger gegen die in der Wählermasse herrschenden Strömungen, als auch gegen die von Zeit zu Zeit in Frankreich auftretenden eskapistischen Strömungen. Der letztere Umstand hat übrigens dazu geführt, daß die einstige radikale Forderung auf Abschaffung des Senats von der radikalen Partei schließlich zum alten Eisen gelegt wurde und daß überhaupt jene Forderung keinen nennenswerten Anklang mehr zu finden vermochte.

Die Frage steht jetzt so: Wird der zum integrierenden Bestand-teil der Bourgeois-Republik gewordene Senat seinen bisherigen Wider-stand gegen die demokratischen Reformen, insbesondere gegen die sozialpolitischen Reformen endlich aufgeben? Wird er in dieser Beziehung mehr als bisher wenigstens mit der Deputiertenkammer gleichen Schritt halten, die ja auch keinen sonderlichen Reformeifer bezeugt? — Unter diesem Gesichtspunkt scheinen die letzten Wahlen insofern eine Besserung bringen zu sollen, als die radikale Fraktion aus ihnen stärker hervorgegangen ist. Andererseits freilich ist nicht zu ver-gessen, daß die Wahlkampagne sich in erster Linie um den Anti-kerikalismus und den Antinationalismus drehte, während die Reformen hauptsächlich im Hintergrunde blieben. Und das bisherige Fort-schreiten der Regierungsmehrheit selbst in der Kammer ist auch nicht gerade aufmunternd.

Die Sozialisten beider Richtungen haben sich an den Senatswahlen mit einer Anzahl Kandidaturen beteiligt, übrigens nicht zum erstenmal. Die P. S. de F. (Quedisten und Blanquisten) haben 12 Kandidaturen aufgestellt. Aber kein einziger Sozialist wurde gewählt. Die Zahl der sozialistischen Senatswähler, in erster Linie aus der Mitte der Gemeinderats-Wahlmänner, ist zwar gestiegen, aber für einen selbständigen Erfolg reicht sie noch nicht aus.

Bezeichnend ist übrigens, daß auch die Journalisten kein einziges Mandat erlangt haben, trotzdem z. B. im Gard- und im Vaucluse-Departement ihre Kandidaten in die radikale Liste mit aufgenommen worden waren. Die radikalen Wähler haben also nach bewährten Mustern die offizielle Parteciparole nicht befolgt, ungeachtet der intimen Freundschaft zwischen den Radikalen und den ministeriellen Sozialisten. —

Sagasta.

Sagasta, der spanische Politiker, der wohl ein Duzend Mal den Posten des Ministerpräsidenten bekleidete, der auch im verflochtenen Jahre wieder diesen Posten inne hatte, um nach einigen Wochen dem gegenwärtigen Ministerium Silvela zu weichen, ist am Montag-abend gestorben.

Sagasta war am 21. Juli 1827 in Torrecilla de Cameros geboren, hat also ein Alter von über 75 Jahren erreicht. Von Beruf Eisenbahningenieur, trat er schon früh in die politische Laufbahn ein. Im Alter von 27 Jahren wurde er nach der Revolution von 1834 von der Provinz Zamora in die konstituierende Cortes gewählt, schied dann nach Niederwerfung der radikalen Erhebung in Madrid im Juli 1836 nach Frankreich, lehrte aber nach der Amnestie zurück und wurde Professor an der Ingenieurhochschule in Madrid, progressives Mitglied der Cortes und Redakteur der „Iberia“. Nach dem mißlungenen Aufstand vom 22. Juni 1868 floh er von neuem nach Frankreich und wurde dann als Anhänger Belms nach dem Umsturz von 1868 Minister des Innern. Im Oktober 1871 wurde er zum Präsidenten der Cortes gewählt. Im Jahre 1872 trat er zum erstenmal als Ministerpräsident an die Spitze einer spanischen Regierung, ein Amt, das er noch oftmals übernehmen sollte.

Sagasta war „liberal“, was ihn aber natürlich nicht hinderte, der Arbeiterbewegung jederzeit mit den Mitteln brutaler Gewalt gegenüber-zutreten. Schon im Jahre 1871 wandte er seinen Einfluß dafür auf, daß die unsüßlichen und unmoralischen Bestrebungen des Sozialismus mit den Polizeimitteln niedergeschüttelt wurden. Und wenn unter seiner Ministerpräsidentenschaft auch das Wahlrecht ver-allgemeinert wurde und die Witwen und die Geschworengerichte zur Einführung gelangten, so war er andererseits ein fanatischer Förderer des Militarismus und der korrupten und korrumpierenden Kolonialpolitik. Unter seine Ministerpräsidentenschaft fiel der spanisch-amerikanische Krieg, der der kolonialen Herrlichkeit Spaniens ein trauriges, aber verdientenes Ende bereite. Namentlich während seiner letzten Präsidentschaft hat er sich durch Verleugnung liberaler Grundsätze hervor. Sein Hauptstreben richtete sich auf die Pflege des Militarismus und Marinismus. Dem Militarismus machte er die bedenkenlichsten Konzeptionen. Daneben versuchte er durch ein reaktionäres Preßgesetz den Rest der spanischen Preßfreiheit zu erschöpfen. In diesem „Sicherheitsgesetz“ galt zum Beispiel als schwere Beleidigung die „unwürdige (!) öffentliche Enthüllung privater Handlungen“ der angeblich Beleidigten. Das „Samburger Fremdenblatt“ bemerkte zu diesem Gesetzentwurf am 1. November des vorigen Jahres — das Faktum verdient anlässlich des Falles Krupp vermerkt zu werden! — „Dabei hört nicht nur die Kritik, sondern auch die Geschichtsschreibung auf.“

Der Tod Sagastas bedeutet also durchaus kein politisches Unglück, man müßte denn die wahrscheinlich eintretende völlige Zerlegung der liberalen Partei als ein solches betrachten, wozu aber nicht der mindeste Anlaß vorliegt. —

Deutsches Reich.

Der Post-Etat 1903

bezieht die Einnahmen für das Rechnungsjahr auf 456 220 100 M., gegen das laufende Rechnungsjahr ein Mehr um 15 500 070 M.

Bei den fortdauernden Ausgaben wird neu geschaffen u. a. eine Stelle für einen vortragenden Rat. Bei den Ober-Post-direktionen ist ein Zugang von 7 Stellen für Posträte zu verzeichnen. Die Postinspektoren haben die Amtsbezeichnung Ober-Postinspektoren erhalten, für sie werden 3 neue Stellen verlangt. Bei den Post- und Telegraphenämtern werden neu gefordert 30 Stellen für Kassierer, 50 für Obersekretäre unter Einrichtung von 50 Sekretärstellen; es gehen außerdem 24 freige-wordene Sekretärstellen ab, die in Assistentenstellen um-gewandelt werden. Einschließlich dieser 24 Stellen sind 2000 Stellen für Assistenten neu geschaffen. Für die Ausgestaltung des Telephonendienstes auf dem flachen Lande wird 1 Million Mark gefordert.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats be-laufen sich auf 18 474 800 M. (+ 408 246 M.); darunter an ersten Raten zu Grundstücksverwertungen, Neubauten zc. 90 000 M. für Charlottenburg, 82 000 M. für Berlin, Königsstr. 61, 180 021 M. für Berlin, Ritterstr. 7 — Prinzessinnenstr. 25. — Der Titel Wohn-gedäude für Unterbeamte und geringer besoldete Beamte ist mit 1 400 000 M. (+ 500 000 M.) bebaut. Für die Telegraphen-Linie Mysung-Labora wird die zweite Rate von 302 000 M. gefordert. Als einmalige Ausgabe des außer-ordentlichen Etats werden 22 095 000 Mark für Fernsprech-zwecke verlangt. Die Erweiterungen fügen dazu: „Die

außerordentliche Steigerung in der Entwicklung des Fernsprech-wesens, welche die seit 1. April 1900 durch die neue Fernsprech-Gebührenordnung in den kleineren und mittleren Orten eingetretene Gebührenerhöhung hervorgerufen hat, dauert an. Es rechtfertigt sich daher, wie im Vorjahre für solche Anlagen, die vorzugsweise der Zukunft zu gute kommen, einen dauernden Wert beizulegen und auch eine ausreichende Verzinsung gewähren, die Ausgaben, soweit sie nach Art und Umfang über den Rahmen der bloßen regelmäßig wiederkehrenden Ausgestaltung des Fernsprechwesens hinausgehen, aus Anleihe Mitteln zu bestreiten.“

Im Etat des Reichsamts des Innern

sind die Einnahmen des ordentlichen Etats mit 9 266 135 M. (+ 826 395 M.) angelegt. Einen um 80 000 M. geringeren Ertrag erwartet man infolge der wirtschaftlichen Stodung vom Kaiser Wilhelm Kanal. Die Einnahmen des Anwaltsamts sind daher nur mit 2 200 000 M. veranschlagt gegen 2 280 000 M. im gegenwärtigen Etat. Als außerordentliche Deutungsmittel er-scheinen 70 000 M. Rückzahlungen und Tilgungsraten aus der Ver-wendung des Fonds zur Förderung der Herstellung geeigneter Klein-wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in Vertrieben und Verbannten des Reichs.

An fortdauernden Ausgaben erfordert das Reichsamt des Innern selbst 1 384 650 M. (+ 3045 M.). Die allgemeinen Fonds nehmen 51 067 700 M. (+ 2 775 600 M.) in Anspruch; die Belastung des Reichs aus den auf Grund des Invaliden-Versicherungs-gesetzes zahlbaren Renten beträgt 40 858 000 M. (+ 2 692 000 M.); 40 000 M. (+ 10 000 M.) werden für die ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt verlangt, die vor-aussichtlich in der ersten Hälfte dieses Jahres eröffnet werden wird; als Beihilfe für die internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterchutz zur Unterhaltung des internationalen Arbeitsamts in Basel sind jetzt entsprechend einer Resolution des Reichstages 6000 M. eingestellt worden. Die Summe der fort-dauernden Ausgaben beläuft sich auf 63 308 477 M. (+ 3 455 648 M.).

Die einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat be-tragen 11 121 980 M. (+ 8363 980 M.). Darunter erscheint die erste Rate einschließl. Grundstücken für das Dienst-gedäude des Patentamts mit 5 883 950 M. (+ 5 763 950 M.), die zweite und letzte Rate zur inneren Ausstattung des Präsidial-gedäudes für den Reichstag mit 110 000 M. (+ 100 000 M.); der Betrag für die Beteiligung des Reichs an der internationalen Erforschung der nördlichen Meere im Interesse der Seefischerei wird von 50 000 auf 70 000 M. erhöht, für den in Bremen stattfindenden 9. internationalen Kongreß gegen den Alkoholismus wird ein Beitrag von 10 000 M. verlangt, dieselbe Summe für den in Berlin statt-findenden Kongreß des internationalen statistischen Instituts, zur Unterstützung der Protokoll-Forschung der zoologi-schen Station in Ravenna 20 000 M. (+ 8000 M.), für den in Berlin stattfindenden 5. internationalen Kongreß für an-gewandte Chemie 15 000 M.; für die Kosten der Beteiligung des Reichs an der Weltausstellung in St. Louis ist die erste Rate von 1 500 000 M. eingestellt (Anschlag 2 1/2 bis 3 Millionen Mark); für die biologische Abteilung für Land- und Forstwirtschaft am Reichs-Gesundheitsamte wird eine zweite Rate von 600 000 M. (+ 450 000 M.) gefordert, für eine Zentrale-Station in Brunsbüttelkoog 10 000 M., als Beitrag zur Veröffentlichung der Ergebnisse der von der internationalen Kommission für wissenschaftliche Luftschiffahrt allmonatlich veranstalteten Ballonfahrten 6000 M., für ein Grundstück zur Erweiterung des Statistischen Amtes 345 000 M., zur Errichtung von Laboratorien des Reichs-Gesundheitsamtes für bakteriologische Arbeiten und Protokoll-Forschung als erste Rate 75 000 M., für eine Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik als erste Rate 50 000 M. (Anschlag 325 000 M.), zur Förderung der Be-lämpfung des Typhus 150 000 M.

Im außerordentlichen Etat werden, wie im Vorjahre, 1 Millionen Mark zur Förderung der Herstellung geeigneter Klein-wohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte durch Gewährung von Darlehen an Private und an gemeinnützige Unternehmungen sowie zum Erwerb geeigneten Pauschalgebietes ge-fordert.

Man vergleiche die niedrigen Ziffern dieses „Kultur“-Etats mit den gestern mitgeteilten für Heer und Flotte verlangten Summen, und die ganze tolle Barbarei unfer moderner Entwicklung entblößt sich. Die ganze glorievolle Sozialpolitik der Arbeiterversicherung fordert noch nicht 41 Millionen vom Reich, während für das Heer im Jahre 1903 einschließl. des Pensionetats, aber ohne das bisher noch nicht veröffentlichte bayerische Kontingent, 646 Millionen und die Flotte 217 Millionen verlangt werden. —

Daß der Antrag Kardorff auch verfassungswidrig sei — gesteht jetzt ein Jurist der „Kreuz-Zeitung“ zu. Der Gewährsmann der „Kreuz-Zeitung“ erklärt nämlich:

„Rechtsverfassung wie Geschäftsordnung enthalten eine Summe von Rechtsätzen. Der Unterschied zwischen beiden besteht bloß in der verschiedenen Form des Erlasses dieser Rechtsätze. Verfassungsordnungen ergeben in der Form der Verfassungsgesetzgebung, d. h. es bedarf eines Beschlusses des Bundesrates mit verhärteter Mehrheit und des Reichstages. Rechtsätze der Geschäftsordnung beruhen dagegen allein auf Beschluß des Reichstages kraft der ihm verfassungsmäßig auf diesem Gebiete zustehenden Autonomie. Ein Verstoß gegen die Geschäftsordnung ist also genau ebenso eine Verletzung der Verfassung wie ein Verstoß gegen einen Verfassungsartikel. Das wird vorausichtlich von Laband selbst gar nicht bestritten werden. Dazu kommt aber noch etwas Weiteres. Artikel 27 der Verfassungsgesetzgebung sagt, daß die von dem Reichstage nach Artikel 28 zu fassenden Beschlüsse die kraft seiner Autonomie zu erlassende Geschäftsordnung und damit deren Beobachtung voraus. Ein unter Verletzung der Geschäftsordnung vom Reichstage gefaßter Beschluß ist daher, auch wenn die nach Art. 28 vorhandene Mehr-heit vorhanden war, formell verfassungswidrig, er verstößt nicht gegen Art. 28, wohl aber gegen Art. 27. Wie die Geschäftsordnung selbst trotz der verschiedenen Faktoren, auf denen sie beruht, eine in sich geschlossene Einheit ist, so kann auch nicht ein Beschluß des Reichstags geschäftsordnungswidrig, aber gleichwohl formell ver-fassungsgemäß sein. In diesem inneren Widerspruch scheitert das Schlußergebnis der Labandschen Ausführungen.“

Der „Kreuz-Zeitung“-Jurist kommt dann freilich zu der Be-hauptung, daß der Antrag Kardorff nicht geschäftsordnungswidrig sei; denn: „indem diese Mehrheit dem Antrag Kardorff für nach der Geschäftsordnung zulässig erklärt, hat dieser Beschluß als authentische Interpretation den Rechtsvertrag der Geschäftsordnung selbst.“ Nach dieser wilden Logik kann es überhaupt keine Geschäfts-Ordnungsbrechung geben; denn jeder Bruch und jede Ver-gewaltigung wird natürlich von der Mehrheit, die sie verübt, für zulässig erklärt. Die Mehrheit kann die Geschäftsordnung so „interpretieren“, daß die Sozialdemokraten weder reden noch abstimmen dürfen — das ist dann, nach dem „Kreuz-Zeitung“-Juristen, gutes Recht. Statt des objektiven Rechts steht dieser Jurist die subjektive Willkür einer Mehr-heit. Das ist aber die tollste Anarchie. Die sünngemäße Auf-fassung und Ausübung der Geschäftsordnung ist nicht Sache einer Mehrheit, sondern die Aufgabe des unparteiischen Präsidenten, und in höherer Instanz die Angelegenheit des objektiven Rechtsbewußt-seins selbst.

Insofern bedeutet die Darlegung des Juristen der „Kreuz-Zeitung“ die Aufhebung jeder Möglichkeit des Rechts, und die Mehrheit darf sogar deklarieren, daß 2X2=5 sei — was dann in alle Lehrbücher der Arithmetik überzugehen hat.

So bewert auch die „Kreuz-Zeitung“ zu der „Kreuz-Zeitung“-Jurisprudenz: Die Unmöglichkeit dieser Behauptung, durch welche die lägliche Verletzung jeder Bestimmung der Geschäftsordnung gerechtfertigt und diese für völlig unverbindlich erklärt wird, ist einleuchtend. Sie kommt darauf heraus, daß Nichtbeachtung einer Vorschrift seitens der zu ihrer Abänderung be-

fugten Faktoren jederzeit als Abänderung derselben bezeichnet werden und hierdurch gerechtfertigt werden könne. Wenn eine Ab-änderung der Verfassung für einen einzelnen Fall in der von der „Kreuz-Zeitung“ angeführten Art stattfindet, so tritt diese Ab-änderung doch nur in Kraft, nachdem sie ausdrücklich als solche be-schlossen worden. Die Reduktion der „Kreuz-Zeitung“ ist höchst be-zweifelhaft für die Verwirklichung aller konstitutionellen Rechtsbegriffe, die als Wirkung des Antrages Kardorff droht.“

Wertvoll dagegen ist das Zugeständnis, daß ein auf dem Wege des Geschäftsordnungsbruchs zustande gekommenes Gesetz auch ver-fassungswidrig ist.

Der Antrag Kardorff ist in der That ein verfassungswidriges Gesetz! —

Die Handelsverträge und die Bündler. Die „Deutsche Tages-zeitung“ hebt trotz des Antrags Kardorff, für den die Ueberzöflner zwar nicht getimmt haben, in dessen Durchsetzung aber sie sich an den Gewaltthaten der Mehrheit beteiligt haben, tritt in die Zukunft. Aus dem Umstand, daß die Handelsverträge nicht gekündigt worden sind, schließt sie, daß der Reichsanwalt „es durchaus nicht zu einem Handelsvertragslosen Zustande kommen zu lassen“ beabsichtige. Man werde die alten Handelsverträge erst dann kündigen, wenn man die Verträge in der That habe. Das Blatt fährt fort:

„Bekanntlich haben diejenigen Freunde der Landwirtschaft, welche für das Zolltarif-Gesetz gestimmt haben, die Landwirte in diesen Tagen damit vertippt, daß die eigentliche Entscheidung erst bei den Handelsverträgen fallen werde, und daß sie selbst solchen Handels-verträgen, bei welchen die Landwirtschaft nicht zu ihrem Rechte komme, niemals zustimmen würden. Wir glauben gern an die Aufrichtigkeit dieses Entschlusses; aber wie die Dinge liegen, hat er verhältnismäßig geringe Bedeutung. Sehen wir den Fall, der am wahrscheinlichsten ist, daß dem Reichstage Handelsverträge vorgelegt werden, die zwar etwas besser als die Caprivischen, aber für die Landwirtschaft durchaus ungenügend sind! Dann wird hoffentlich die Rechte solche Handelsverträge geschlossen ablehnen. Aber was hilft das? Das Centrum wird nicht geschlossen sein. Die Nationalliberalen werden mit wenigen Ausnahmen für solche Verträge eintreten, schon um den Eindruck einermachen zu verweisen, den ihre Zu-stimmung zu dem Antrage v. Kardorff gemacht hat. Die gesamte übrige Linie wird aber den Verträgen un-terstützung geben, je weniger sie der Landwirtschaft bieten. Es wird also nach Lage der Verhältnisse un-möglich sein, solche Verträge abzulehnen. Sollte es aber wider Erwarten möglich sein und sollte die Ablehnung erfolgen, dann würden eben die bisherigen Handelsverträge, die man er-lauben will, wenn man die neuen in der That hat, ruhig weiterlaufen. So liegen die Dinge; und es ist die Pflicht eines ernstlichen Politikers, ihnen scharf in die Augen zu sehen. Sollen die Landwirte bei den nächsten Handelsverträgen nicht wieder betrogen werden, so ist es notwendig, die jetzt geltenden eher zu kündigen, als die Entscheidung über die künftigen herbeigeführt wird. Geschieht das nicht, dann hat die Landwirtschaft von den Handelsverträgen voranschreitlich zu erwarten.“

Daß die Handelsverträge von seiten Deutschlands nicht gekündigt werden können, ehe neue Verträge fester sind, das ist gerade durch die Kardorfferei zur absoluten Notwendigkeit geworden; denn keine zurechnungsfähige Regierung darf einen Zustand eintreten lassen, in dem das Angeheuer des Antrags Kardorff in Kraft treten könnte. So haben also die Bündler, indem sie sich an der Vergewaltigung der Mehrheit beteiligten, selbst die Lage herbeiführen helfen, über die sie sich jetzt beklagen. Im übrigen kann auch die ernstliche Zoll-opposition versichern, daß sie keinen Handelsverträgen zustimmen wird, welche dem Zollwucher des Antrags Kardorffs aus nur an-genähert sind. Die Verlängerung der bestehenden Verträge ist nicht vor die einzig natürliche und einigermaßen befriedigende Lösung. —

Auch die Regierung ist der Kardorfferei nicht froh. Offiziell wird in der „Kreuz-Zeitung“ gestöhnt, daß konservative Parlamentarier, welche für das neue Gesetz gestimmt haben, jetzt in der unübersehbaren Absicht, sich bei dem Bunde der Landwirte zu re-habililitieren, eine Politik empfehlen, die auf eine systematische Erschwerung, ja auf die Unmöglichkeit neuer Handelsverträge hinauskommen würde.“

Nur wenn die Zollmehrheit, fest zusammenhält, können neue Handelsverträge auf Grund dieses Gesetzes zu stande kommen.“

Welch ein Stagenjammer nach so strahlendem — Siege! —

Gegen die geniale Taktik der Freisinnigen Volkspartei hat der Erläuterer der Gewervereine für Stuttgart und Umgegend eine energische Resolution gefaßt. Die Resolution spricht der Typographie im Reichstage für Belämpfung der Brottügendervorlage ihren Dank aus. Sie bedauert gleichzeitig das Verhalten der Abgeordneten der Frei-sinnigen Volkspartei in dieser Frage und erwartet von unsern Gewervereinsführern Goldschmidt und Hirsch eine entsprechende Stellungnahme hierzu. Gleichzeitig lehnt die Anschuldigung jede Gemeinshaft mit dem Leitartikel in Nr. 49 des „Gewervereins“ ab.

Jener Leitartikel verteidigte die Taktik Eugen Richters in der Manier der „Freisinnigen Zeitung“.

Das Organ der kaiserlich-freisinnigen Volkspartei Breslau, das neulich den Wünschen Wilhelms II. gemäß, einigt den als „Deputa-tion“ angezogenen saligen Mann aus der Werkstatt zum Reichs-tag-standorten ernannte, die „Breslauer Zeitung“, widmet unfer Artikel des Tages-ABC die folgende herrliche Bemerkung:

„Das also sind die „Genossen“, mit denen wir uns innigst „verbrüder“ sollen. Wir dächten, solche Pruden sozialdemokratischer Geistesart sollten doch auch bei den verrätesten Leuten allmählich das Bewußtsein wecken, daß es doch auch in der Politik so etwas wie einen Ehrenstandpunkt giebt, und daß man auch in der Politik nicht Verdröckelhaft mit den schmutzigsten und elendesten Lumpen wandt.“

Die „Freisinnige Zeitung“ findet diese Säge zu-treffend, beruht aber an dem eignen Parteiorgan in der Wiedergabe eine grobe Fälschung. Die „Freisinnige Zeitung“ citiert nämlich: „Dah man auch in der Politik nicht mit dergleichen Verdröckelhaft macht.“ Daß die „Freisinnige Zeitung“ selbst die eugenialsten Blätter auf die gleiche Weise verstimmt, wie sie sonst mit den Gegnern verfährt, ist ein Fortschritt. Vielleicht veranlaßte sie zu der Fälschung die Erinnerung, daß Breslau im Landtag nur deshalb freisinnig vertreten ist, weil der Freisinn „von den schmutzigsten und elendesten Lumpen“ herausgehauen worden ist. —

Freisinniger Heldennut. Ein neues Weis im Ruhmeskranze des Halleischen Freisinn, so berichtet man uns, lieferte die Stadt-verordneten-Sitzung, in der über die Nichtbeschäftigung des Stadt-verordneten Richter zum unbesoldeten Stadtrat diskutiert werden sollte. Herr Richter ist Mitglied der Freisinnigen Volkspartei und hofft als Stadtrat in sein Amt eingeführt zu werden, die Be-stätigung bleibt aber aus. Um nun den Grund für die Verhinderung der Beschäftigung, die auch wohl nicht mehr erfolgen wird, zu erfahren, fragten mehrere Partei-genossen bei dem Magistrat in Form einer Interpellation an, wie das mit der Sache stehe. Oberbürgermeister Steude erklärte kurz und bündig, er wisse nicht, weshalb die Beschäftigung verweigert sei; man möge doch den Magistrat mit solchen unangenehmen An-fragen verschonen.

In dem Antrage auf Besprechung der Interpellation waren 15 Stimmen erforderlich. Bei der Abstimmung dafür erhoben sich unfer fünf Genossen und nur ganze acht Freisinnige von denen, die alle Richter gewählt hatten, für die Besprechung der Interpellation. —

Herr Basserwamm, der Hauptling der Prot- und Reich-vertreter, ist — wie man uns aus Baden berichtet — am Sonntag von einer Versammlung nationalliberaler Vertrauens-männer als Kandidat für den 9. badischen Reichstags-Wahlkreis Karlsruhe-Bruchsal aufgestellt worden. Man hofft

Bürgerlicherseits, mit dieser Kandidatur, für die man in der Stichwahl auch die Centrumsstimmen gewinnen zu können glaubt, das „Jubiläumswort“ vollenden und die Socialdemokratie wie bei den Landtagswahlen so auch im Reichstags-Wahlkampf aus der badischen Residenz verdrängen zu können. Die durch den Zollwucher in ihren Lebensinteressen getroffenen Volksmassen werden jedoch die Pläne der Nationalliberalen, ihren Führer in Baden unterzubringen, nachdem ihm in seinem bisherigen Wahlkreis Jena-Weida der Boden unter den Füßen zu heiß geworden, kläglich zu Schanden werden lassen.

Die rheinischen Bauern und das Centrum. Der Rheinische Bauernverein, die 46 500 Mitglieder zählende Organisation der katholischen Bauern in Rheinland, hat sich dieser Tage in seiner Generalversammlung mit der Zolltariffrage befaßt. Die Diskussion drehte sich um das Verhalten der Centrumsabgeordneten. Die Centrumspresse berichtet, bei den meisten der Redner und dem weitestgehenden Teil der Anwesenden habe die Haltung der Abgeordneten „rühmlichste Billigung“ gefunden. Ganz anders schreibt die zentrums-agrarische „Rheinische Volksstimme“ über die Versammlung. Sie erklärt:

„Der Verlauf der Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins hat bewiesen, daß die Mitglieder des Vereins in ihrer überwältigenden Mehrheit mit dem Beschlusse, den die Zolltarifangelegenheit genommen hat, höchst unzufrieden sind. Trotz der großen Beliebtheit, der sich Herr Pfarrer Düsterwald im gesamten Verein erfreut, und trotz seiner anziehenden Medeweise, brachte er es nur zu sehr schwachem Beifall, während die wertigen Worte der Gegenredner, die als Redner Herrn Pfarrer Düsterwald weit nachstehen, geradezu stürmischen Beifall ernteten. Auch Herr Reichstags-Abgeordneter von Grand-Ah, der als gewandter Redner allen Mitgliedern des Vereins bekannt ist, erzielte gleichfalls nur einen äußerst mäßigen Beifall.“

Aus der Versammlung heraus wurden wiederholt direkte Angriffe auf Centrums-Abgeordnete laut, und es zeigte sich wieder mit aller Deutlichkeit, daß die katholischen Bauern demnach, wenn es zur Aufstellung der Reichstags-Kandidaturen geht, dem Centrum schwere Stunden bereiten werden. „Bauern! Wählt nur Bauern!“ — so lautet die Parole, die in der „Rheinischen Volksstimme“ ausgegeben wurde. Wenn die rheinischen Agrarier ihre Drohungen wahr machen, muß es zu heißen Kämpfen im Centrum kommen. Das Centrum darf dann in seinen rheinischen Wahlkreisen, von denen die meisten ländlich sind, einen großen Teil der bisherigen Vertreter nicht mehr aufstellen, sofern es agrarische Gegenkandidaturen verfechten will. Von den 27 rheinischen Centrums-Abgeordneten sind nur fünf Angehörige der Landwirtschaft, dagegen allein vierzehn Juristen. Und gegen die letzteren richtet sich am meisten der Protest der Bauern. Schon bei der Wahl im Jahre 1898 wurden den offiziellen Centrumskandidaten im Rheinland in verschiedenen Wahlkreisen bäuerliche Gegenkandidaten gegenüber gestellt, damals mit nicht gerade großem Erfolg. Seitdem hat aber die agrarische Bewegung, auch unter den katholischen Bauern des Rheinlands, bedeutende Fortschritte gemacht. Das Centrum hat sich bereits veranlaßt gesehen, den rheinischen Agrariern infomeist Konzeptionen zu machen, als es das Provinzial-Wahlkomitee durch mehrere Landwirte verläßt. Ein Arbeiter befindet sich in dem Komitee nicht; allenfalls könnte man den „agrarischen Arbeitersekretär“ Sieberts dafür gelten lassen.

Die Resolution, die die Generalversammlung des Rheinischen Bauernvereins beschloß, giebt dem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß die Anträge der christlichen Bauernvereine bei der Festlegung des neuen Zolltarifs nicht die erwartete Berücksichtigung gefunden haben. Eine Stelle in der Resolution, die eine Anerkennung der Mehrheitsparteien, die den Zolltarif zu Stande brachten, enthielt, mußte erst entfernt werden, ehe die Resolution zur Annahme gelangte.

Zur Zeit der **Granitbeiß-Rede** des Grafen Bülow rief die ganze bürgerliche Presse über Chamberlains freche Verrücktheit, daß er die englischen Kriegsschiffe in Transvaal mit den Leistungen des deutschen Heeres im Kriege von 1870/71 zu vergleichen gewagt habe. Neuerdings werden in der „Deutschen Revue“ Kriegserinnerungen des bekannten Admirals Stofz veröffentlicht, die einige indiskrete Einzelheiten enthalten.

Am 11. Februar schreibt Stofz in sein Tagebuch: „Ich habe einen Brief von Freitag bekommen; er schreibt zornig über das Retten und Köllen: „Man habe Köllen aus Seeres und St. Cloud nach Hause geschickt. Der Diebstahl sei organisiert.“ Ich habe reuig an mein Herz geschlagen und ihm geantwortet, daß auch ich heute nach Hause gefahren habe. Die Seeresfabrik enthält nur Staatsgut; als Granate auf Granate hinein geschickt, konfiszieren wir die Vorräte, und sie werden durch königliche Orde verteilt. Ich war gerade an der Loire und wurde doch bedacht, und zwar durch den König und den Kronprinzen. St. Cloud wurde von den Franzosen in Brand geschossen, ein Teil des Inhalts mit Lebensgefahr gerettet und ebenfalls als Staatsgut verteilt. Kirchbach war an beiden Orten kommandierender General, erhielt also die reichsten Geschenke und schickte sie in Ästen nach Hause. Wer will ihm daraus einen Vorwurf machen? Ich aber will auch keinen hören. Wer die Höflichkeit unsrer Soldaten gegen die Franzosen gerade jetzt sieht, wo diese Kerls glauben, ihren ganzen Hochmut zeigen zu dürfen, wird sehr hoch von ihnen denken. Es gehört die ganze Kultur unsrer Nation dazu, um ihnen gegenüber Mensch zu bleiben, und ihre Art der Kriegsführung hat zuerst in unsrer Truppen niedrige Leidenschaften entfesselt. Der Eigentumsbegriff schwundet unterdrückt in jedem Kriege, aber er findet sich auch in geordneten Verhältnissen wieder ein. Ich selbst kann nicht leugnen, daß ich über den Befehl der Franzosen mit kaltem Blute verfüge, als ob er uns gehörte. Wer sich auf diesem Wege bereichert, thut unrecht, denn die Werte gehören dem Staat; aber es ist Pflicht, die Kerls arm zu machen.“ Auch die Herren des Krieges müssen von ihrem hohen Postament herunter: Als Jules Favre die Uebergabe von Paris ankündigte, bemerkte Stofz:

„Eben erst verdrängte das Uebermaß von Gefahr den Horizont, jetzt beleuchtet hellster Sonnenschein unsre ganze Lage. Noch bei dem Ausfall vom 19. gab es hier Leute, die schon die Wagen hatten packen lassen, um sofort die Flucht ergreifen zu können. Es ist oft gar nicht hübsch, wenn man zu spät hinter die Coulissen sieht, die großen Männer gehen verloren!“

Die Reptile der Presse und der Geschichtsfälschung haben sie dann wieder groß zu machen.

Am 18. Februar notiert Stofz zum Rücktransport der Truppen!

„Ich fürchte, unser großer Generalstab wird diese Aufgabe nicht so glatt lösen wie den Hertransport, weil alles zu sehr nach Hause drängt. Man muß das mit anhören, wie jeder einzelne sich hier für abkömmlich hält; ich bin der Ansicht, daß, wenn der König geht und die Prinzen, Rostke, als Oberkommandierender hier bleiben muß, um die Geschäfte anzuknüpfen.“

Wer gemeint ist, ist auch ohne Namensnennung zu erkennen! —

Ausland.

Kroatisch-Slavonische Camorra.

Ueber die ungeheuerliche Korruption in Kroatien-Slavonien berichtet die „Wiener Arbeiter-Zeitung“:

In diesem durch und durch korrupten Teile der Länder der ungarischen Krone — sowohl Regierungspartei wie Opposition im Landtage sind Korrupt — ist jeder Politiker käuflich, die Verwaltung besteht aus einer Horde korrupter Uebelthäter, die Justiz ist die strapasselose willkürliche Dienerei dieser Verwaltung, die Presse hängt von der Laune, von der Duldung der Machthaber ab, oder richtiger: des Machthabers des würdigen Repräsentanten dieses Systems: Banus Graf Karl Khuen-Hedervary. Die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit Kroatien-Slavoniens ist demnach eine wahrhaft jämmerliche, aber Regierung und Landtag sind nur darauf bedacht, daß an diesen, die ungestörte

Blünderung des Landes begünstigenden Zuständen nichts geändert werde. Die 1897er Landtagswahlen brachten endlich einen ehrlichen, selbstlosen Mann in diesen total korrupten Landtag: den jungen Demokraten Dr. Franko Potocnjak. Mit Feuersifer machte er sich an die Bekämpfung des ungeheuerlichen Wusies von Mißbräuchen. Aber da kam er schon an! Seine schriftlich eingereichten Anträge wurden konfisziert, seine Interpellationen in den Sitzungspartikeln gefälscht, immer häufiger wurde ihm das Wort entzogen, dann wurde er für siebzehn Sitzungen aus dem Landtag ausgeschlossen. All dies war um so leichter möglich, als Abgeordneter Potocnjak auch von der Opposition boykottiert wurde. Aber er ließ sich in seinem Kampfe nicht irremachen. Dafür ließ der Banus bei den nächsten Wahlen seine Wiederwahl nicht zu.

Dr. Potocnjak ist nun mit verdoppeltem Eifer bemüht, den Banus zu entlarven, was zum Teil in einer kürzlich erschienenen Broschüre erfolgte. Das Schriftchen weist vor allem darauf hin, daß Graf Khuen-Hedervary bis über die Ohren verschuldet war, als er vor nun bald 19 Jahren zum Banus ernannt wurde; die auf seiner Hedervarer Besitzung ruhenden Lasten überstiegen zwei Millionen Kronen — heute sind die Besitzungen des Banus lastenfrei. In der Broschüre wird unter anderem der Nachweis geführt, daß der Regierungschef Kroatien-Slavoniens, Graf Karl Khuen-Hedervary, ein durch gerichtliches Urteil zum gemeinen Betrüger gemerktes Individuum ist. Der Regierungschef hatte nämlich einen gewissen Erl eine seiner Besitzungen unter unerhört schwindelhaften Vorpiegelungen verpachtet und ihn dadurch ruinirt. Erl veröffentlichte diese Pachtungsverhältnisse seinerzeit in allen ihren Details und nannte den Banus einen gemeinen Betrüger. Graf Khuen-Hedervary bellagte ihn wegen Ehrenbeleidigung und Verleumdung. Der Raaber Gerichtshof sprach Julius Erl auf Grund der erbrachten Beweise frei. Das freisprechende Urteil wurde von den beiden höheren Instanzen bestätigt. Dieses Ergebnis des Prozesses wurde von der Presse in Kroatien und von der regierungstreuen Presse in Ungarn verschwiegen. Jene Nummer des Blattes Dr. Potocnjaks, die den Sachverhalt veröffentlichte, wurde konfisziert.

Dr. Potocnjak wendete sich an den König mit einer schriftlichen Beschwerde, in der alle Rechtsbeugungen und Gesetzesverletzungen des Banus sowie der Fall Erl, Punkt für Punkt erwiesen, dargestellt sind. Die Beschwerde kam mit dem Vermerk zurück, sie sei „der allerhöchsten Signatur nicht gewürdigt worden“. In einer neuerlichen Eingabe an den Monarchen bat Dr. Potocnjak um eine Audienz in dieser Angelegenheit. Die Eingabe kam mit demselben Vermerk an Dr. Potocnjak zurück.

Im Sommer 1899 wurde das Oberhaupt der serbischen griechisch-orientalischen Kirche Ungarns, Patriarch Georg Brankovic, in einer von mehreren Mitgliedern des serbischen Kirchenkongresses herausgegebenen Broschüre auf Grund allemählicher Daten beschuldigt, daß ihm anvertraute Kirchenvermögen systematisch bestohlen zu haben. Herr Georg Brankovic, Patriarch und Magnatenhaus-Mitglied, hat gegen Verfasser und Verleger der erwähnten Broschüre die Verfolgung nicht eingeleitet. Auch Banus Graf Karl Khuen-Hedervary wird gegen den Verfasser und Verleger der Broschüre, die ihn schon auf dem Titelblatt in fetten Lettern einen gemeinen Betrüger nennt, keinen Strafantrag stellen. —

Asien.

Persien. Die „Königliche Zeitung“ meldet aus Petersburg: Da der Schah von Persien eine **Staatsumwälzung** unter Führung des unter englischen Einfluß stehenden **Gouverneurs von Teheran** Prinzen Ein ed Daulch und anderer England freundschaftlicher Männer beabsichtigt, wurde der Prinz seines Amtes enthoben und zum Gouverneur der zur englischen Einflusssphäre gehörenden Provinz Arabistan ernannt. Auch die übrigen in starker Hinneigung zu England verdächtigen Beamten in Teheran wurden in die Provinzen verlegt. — Von 1903 ab erscheint in Akhabad als Beilage zur „Salaspisloje Dhosrense“ eine Zeitschrift in persischer Sprache, um als Gegengewicht gegen die wachsende Bedeutung der Entwicklung der persisch-englischen Handelsbeziehungen zu dienen und eine Annäherung Russlands und Persiens zu sichern.

Nach telegraphischen Meldungen aus Teheran wurde neuerdings ein **Revolverattentat** auf den Schah verübt, welches jedoch mißlang. —

China. Den „Central News“ zufolge bestehen in amtlichen Kreisen Befürchtungen wegen eines Vorerstehendes in nordwestlichen China. Als die letzte Post aus China abging, bestand unter den Europäern, namentlich unter den Missionaren Verwirrung wegen der Thätigkeit Tangshiangs, der, obwohl er verbannt war, das Land nicht verlassen, sondern sich in Nanhsi niedergelassen hatte, wo er Truppen sammelt, mit denen er auf Sian, die alte Hauptstadt Chinas, marschieren will. Die zahlreichen Missionare in Nanhsi haben Befehl erhalten, das Land eventuell sofort zu verlassen, doch nimmt man an, daß ihnen nichts geschehen werde. Um eine Panik unter den Einwohnern zu verhindern, haben die Beamten die Missionare ermahnt, sie möchten nicht ohne vorherige Anzeige abreisen. Der Sekretär der Inlandsmission befürchtet keine Gefahr für die Gegenwart.

Nach einer Meldung aus Peking erklärte der Minister des Aeußeren, die **Vicereönige von Kanshi und Schansi** hätten telegraphisch mitgeteilt, daß in ihren Provinzen vollstündige Ruhe herrsche. —

Kapitalistische Korruption in Japan. Mit der rapiden Entwicklung des Kapitalismus stellen sich auch hier alle mit diesem zusammenhängenden guten und bösen Begleitererscheinungen, wie Korruption durch das Geld, Betrügereien im großen Stille, die Schöpfung der großen kapitalistischen Schwindler und dergleichen mit promptester Sicherheit ein. Charakteristisch in dieser Beziehung ist die glimpfliche Behandlung eines großindustriellen Betrügers Mitsui, über welche die „Labor World“ folgende Mitteilungen macht: Mitsui, ein Millionär, war der Kohlenlieferant für mehrere Staatsbahnen. Er ließ durch drei seiner Aulsts die Gewichte der staatlichen Waagen fälschen und hat auf diese Weise den Staat um Tausende von Tomen betrogen. Vor einigen Monaten wurde der Betrag entbedt und, obwohl festgestellt wurde, daß die Arbeiter auf Anstiften der Firma den Betrag ausführten, ging der Millionär doch leer aus, nur die Aulsts, die den Befehl ihres Herrn ausgeführt hatten, erhielten einige Monate Gefängnis. Die „Labor World“ bezichtigt alle Behörden und Richter von Takata, wo der Prozeß zum Austrag kam, der Bestechung und Korruption. Die Regierung hat wieder die von Mitsui hinterlegte Kaution mit Beschlag belegt, noch hat sie ihm den Kontrakt gekündigt. — In der That ein Vorkommnis, charakteristisch für den Kulturzustand, auf den sich dieses asiatische Industrieland bereits emporgedreht hat. —

Afrika.

Marokko. In Gibraltar eingegangene Nachrichten aus Marokko besagen, daß die **afrikanischen Stämme** sich dem Sultan unterwerfen und die Unruhe abgelegt.

Bei den fremden Gesandtschaften sind amtliche Kuriers aus Fez mit der Nachricht eingetroffen, daß dort die Lage un- verändert sei. Die Bevölkerung von Tanger wartet mit Spannung auf Nachricht, ob die Truppen des Sultans gegen die Aufständigen aufgebrochen sind. —

Parlamentarisches.

Die erste Sitzung des **preussischen Abgeordnetenhauses** in der neuen Tagung ist auf Dienstag, den 13. Januar, nachmittags 2 Uhr, anberaumt, ebenso wie im Herrenhause. Unmittelbar nach der Sitzung treten im Abgeordnetenhause die Fraktionen der Konser- vativen, der Freikonservativen, der Nationalliberalen, der Polen und die freisinnige Volkspartei zu einer Sitzung zusammen. Das Centrum hat seine Sitzung auf den Abend anberaumt.

Venezuela.

Die Blockade.

Der Washingtoner Korrespondent der „Kön. Ztg.“ hatte eine Unterredung mit einem sehr hohen Staatsbeamten, der erklärte, die **Verhandlung** der friedlichen in eine **Kriegsblockade** würde durchaus den Wünschen der amerikanischen Regierung entsprechen, da der Kriegsstand völkerrechtlich viel klarer bestimmt sei als eine willkürliche Deutung ausgesetzte Friedensblockade. Der amerikanischen Regierung sei es angenehm, daß drastische Zwangsmassregeln nur in der Form eines offenen Krieges angewandt würden, in dessen **mannigfache Verantwortlichkeiten** und **Gefahren** sich ein europäischer Staat jedoch nicht so leicht Herzens stärken werde. Präsident Roosevelt äußerte, eine **militärische Besetzung** Venezuelas würde sehr schnell eine Lage schaffen, bei der die Monroe-Lehre in Frage komme und wo ein Einspruch Amerikas notwendig würde. —

Die Eigentümer des Uniondampfers „Caracas“ haben sich bei dem Staatssekretär Sah darüber beschwert, daß den Dampfer nicht gestattet wurde, in La Guayra anzulanden. Sie verlangen, daß die Angelegenheit untersucht werde. —

Es ist ein **Prisengericht** gebildet worden, welches die Gültigkeit der Beschlagnahme sämtlicher venezolanischer Schiffe prüfen sollte den Wert der Prisen feststellen soll. Unabhängig hiervon sind Schritte unternommen worden zu einer etwaigen Freilassung der Schiffe im Falle des Zusammenstretens des Schiedsgerichts.

Ueber die

Revolution gegen Castro

liegen einander widersprechende Nachrichten vor. Ein Telegramm vom Montag besagt:

Gestern wurden etwa 1500 **Aufständische** unter Ramos und Senalosa, welche auf Caracas marschierten; unweit Guatire von Regierungstruppen geschlagen.

Dagegen wird aus New York vom Dienstag gemeldet:

General Rantos erwartet die **Einnahme** von Coro, um zuzuschicken und das Kommando über die revolutionären Streitkräfte zu übernehmen. Er hat einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, die Waffen zu ergreifen. Rantos rechnet auf die Unterstützung Bolandos, dessen Streitkräfte gegen Caracas marschieren. Man glaubt, daß, wenn Rantos aus Auler komme, er den Konflikt mit den Rantos schnell erledigen und auch die Finanzkrise beseitigen werde. Wie ferner aus Caracas berichtet wird, wird die Lage immer ernst; die **Revolution** dehnt sich weiter aus.

Ferner liegen folgende „Lafan“-Meldungen vor: Die **Aufständischen** brachten den Truppen Castros bei Guatire, ungefähr 8 Stunden von Caracas, eine verheerende Niederlage bei. General Aiera schlug die von Castro befohlenen Angriffe auf seine Stellungen außerhalb Coros zurück. Aus Puerto Cabello wird gemeldet, der **Pöbel** drehe die Stadt anzuzünden und die Revolution auszurufen.

Das **Regierungsblatt** „El Liberal“ veröffentlicht eine Mitteilung des venezolanischen Konsuls in Caracas, daß die **Offiziere** der deutschen Kreuzer „Falle“ und „Sincia“ in lebhaftem Verkehr mit dem Führer der Aufständischen, General Rantos stehen, der sich in Caracas aufhält.

Ferner sei noch ein Privattelegramm des „Tag“ registriert: General Antonio Fernandez ist bereit, sich mit der Regierung anzuschließen. Damit würde die Revolution einen schweren Stoß erhalten.

New York, 6. Januar. Die Blätter besprechen das Eintreffen des letzten Kuriers aus Caracas, welcher amtliche Dokumente über den venezolanischen Konflikt überbringt. Aus den letzteren geht hervor, daß die venezolanische Regierung der Ansicht ist, daß Deutschland die Initiative zu den Feindseligkeiten gegen Venezuela ergriffen habe. Castro weist ferner darauf hin, daß England anscheinend nur mit großer Reserve an den Operationen teilnehme.

Caracas, 6. Januar. Die finanzielle Panik, welche dadurch entstanden ist, daß die Bank von Venezuela ihre Noten nicht mehr einzulösen vermag, ist vorübergehend dadurch gemildert worden, daß die bedeutendsten Firmen in Caracas, La Guayra, Valencia und Puerto Cabello sich bereit erklärten, alle Zahlungen in Noten anzunehmen.

Aus Industrie und Handel.

Terrorismus des Kohlenhändlers. Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 274 des „Vorwärts“ (vom 23. November) auf Grund der preussischen Fabrikinspektoren-Berichte für 1900 und 1901 die Mitteilung, daß nicht nur das rheinisch-westfälische Kohlenhändlers, sondern auch die Verwaltung der preussischen Staatskohlenwerken den von ihnen beziehenden industriellen Unternehmungen die Verpflichtung auferlegt, an ihre Arbeiter und Angestellten keine Kohlen zum Selbstkostenpreis abzugeben.

Zu dieser Notiz bringt jetzt das „Verl. Tageblatt“ folgende seltsame Mitteilung:

Zu der Nachricht eines hiesigen Blattes über Erhebungen des Polizeipräsidiums betreffs des Kohlenhändlers erfahren wir, daß dieselben mit folgendem Sachverhalt zusammenhängen. Der „Vorwärts“ hatte die Mitteilung gebracht, daß das Kohlenhändlers und die fiskalischen Gruben ihren Abnehmern verboten hätten, an ihre Arbeiter resp. Angestellten Kohlen abzugeben. Die Regierung hat sich daraufhin veranlaßt gesehen, eine Untersuchung hierüber anzustellen. Hierbei ergab sich, daß die Nachricht in Bezug auf die fiskalischen Gruben nicht zutrifft. Dagegen soll die Nachricht in Bezug auf das Kohlenhändlers zutreffen, indem die mit denselben in Verbindung stehenden Kohlenhändler es sich ausbedungen haben, daß der Bedarf der betreffenden Arbeiter und Angestellten durch die Kohlenhändler gedeckt werde.

Ob thatsächlich die Untersuchung ergeben hat, daß von den fiskalischen Gruben ihren Kohlenabnehmern eine derartige Verpflichtung nicht auferlegt wird und auch früher nicht auferlegt worden ist, wissen wir nicht. Wir haben die Mitteilung dem Bericht der pfälzischen Fabrik-Aufsichtsbeamten entnommen und konnten uns so weniger an ihre Richtigkeit zweifeln, als die Berichte vor ihrer Veröffentlichung bekanntlich eine recht sorgfältige Prüfung und Prüfung erfahren. Wir glauben deshalb so lange an der Wahrheit der Angaben des Fabrikinspektors festhalten zu dürfen, bis von dazu kompetenter Stelle Richtigstellung erfolgt.

In der ersten Sitzung des **Kollegiums** begrüßte der neu- erwählte Präsident Stadtrat Maempf die Anwesenden und eröffnete dann das neue Arbeitsjahr mit einem Ausblick auf die Aufgaben des Kollegiums in seinem Verhältnis zur Handelskammer. Das Kollegiumkollegium besitzte, führte er aus, in der Berliner Kaufmannschaft, wie die letzten Wahlen erwiesen hätten, einen starken Rückhalt. Es habe sich darin die Ueberzeugung eines großen Teiles der Berliner Kaufmannschaft fundgegeben, daß die auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Korporation auch neben der auf Zwang beruhenden Handelskammer-Organisation zur Vertretung von wirtschaftlichen Interessen geeignet sei, und daß andererseits in einem so ausgedehnten Wirtschaftsgebiete wie dem Berliner die Interessen so vielfältig seien, daß der Korporation neben der Handelskammer ein weiteres Arbeitsfeld bleibe. Der Korporation seien die meisten ihrer früheren öffentlich rechtlichen Funktionen zu Gunsten der Handelskammer genommen, belassen sei ihr aber die allgemeine gutachtliche Thätigkeit auf dem wirtschaftspolitischen Gebiete sowie ferner die Thätigkeit auf dem Gebiete der Selbstverwaltung. Die gutachtliche Thätigkeit werde zwar durch Wegfall vieler behördlicher Anfragen und durch die Thatsache, daß die Handelskammer daselbst Gebiete bearbeite, eingeschränkt, dadurch aber sei die Gelegenheit geboten, die wichtigeren Fragen desto gründlicher zu prüfen. Ferner werde man um so größere Aufmerksamkeit den gemeinnützigen Veranstaltungen zuwenden können, als welche außer der Worte zur Zeit namentlich in Betracht kommen: die Bibliothek

Gewerkschaftliches.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1902.

Das Korrespondenzblatt der General-Kommission bringt einen Jahresrückblick, aus dem wir im nachstehenden das Wesentlichste, soweit es die Gewerkschaftsbewegung betrifft, mitteilen.

Zunächst wird ausgeführt, daß das vergangene Jahr im Zeichen der andauernden Wirtschaftskrise stand, daß die Arbeitslosigkeit einen erschreckend hohen Umfang angenommen hatte, weshalb auch die öffentliche Meinung sich mit derselben beschäftigte. Dann fährt der Artikel fort:

So standen alle Kreise des Gesellschaftslebens, Reich, Staat, Gemeinden, Industrie, Gerichte, Presse, unter dem Einfluß der Arbeitslosigkeit. Vor allem aber galt dies natürlich für die Gewerkschaften, denen nicht bloß die nächsten Hilfsaktionen für die Arbeitslosen zufielen, sondern die auch durch den die Arbeitslosigkeit begleitenden Druck des Unternehmens auf die Arbeitsbedingungen der Arbeitenden nach Möglichkeit zu enträften suchen mußten. Und wir können wohl sagen, daß die deutschen Gewerkschaften den auf sie herabfallenden Gewalten standhalten und weder ihre Pflicht erfüllt haben. Ruhesten sie in der vorigen Krise alles aufzubieten, um zunächst die eigene Existenz zu sichern, um dem Massenverfall von Mitgliedern entgegenzuwirken, so kommt sie diesmal, nachdem sie während des Aufschwunges die Organisation gut fundiert hatten, sofort thätig für die Arbeitslosen ein. Und sie haben nicht nur einen namhaften Teil ihrer Verbandsfonds für die Arbeitslosen geopfert, sondern sich auch außerordentlich zum Teil ganz erhebliche Steuern auferlegt, um den auf sie herabfallenden Anprühen zu genügen. Selbst solche Gewerkschaften, deren Statut keine Arbeitslosen-Unterstützung vorsieht, haben Tausende von Mark für Notfall-, Maßregelungs- u. a. Unterstützungen bewilligt, und Zehntausenden von Arbeitslosen ist durch ihre Unterstützungen geholfen worden. Nahezu alle Gewerkschaften aber, die noch nicht im Besitz einer statutarisch geregelten Arbeitslosen-Unterstützung sind, haben im verfloßenen Jahre zu dieser Frage Stellung genommen. Die Meinungsverschiedenheiten über die tatsächliche Bedeutung dieses Unterstützungsweises haben sich mehr als je geläutert, und wenn die Arbeitslosen-Unterstützung in mehreren Gewerkschaften (Dachdecker, Schuhmacher, Fabrikarbeiter) abgelehnt wurde, so kann man dies als ein endgültiges Verstum nicht betrachten, da die betreffenden Beschlüsse unter dem Eindruck der Schwierigkeit einer Vertragsverhandlung inmitten der Krise zu stande kamen. Man wird diese Ablehnungen vielmehr den Vertragsabschlüssen einiger anderer Gewerkschaften gleich zu stellen haben (Garniturenhändler, Fleischer, Textilarbeiter, Bergarbeiter, Steinarbeiter, Schneider). Dagegen muß es mit Genugthuung begrüßt werden, daß sechs Organisationen im Jahre 1902 die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung beschlossen haben (Maschinisten, Lederarbeiter, Holzarbeiter, Köchler, Bureau-Angestellte und Gärtner), so daß gegenwärtig diese Einrichtung statutarisch für 27 Organisationen besteht, die aber die größte Hälfte der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder umfassen. Diese Entwicklung wird sich zweifellos in den nächsten Jahren fortsetzen und der Zeitpunkt dürfte nicht mehr fern sein, an welchem jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter in seiner Organisation gegen die drückenderen Folgen der Arbeitslosigkeit gesichert ist.

In gleichem Maße, als die Gewerkschaften sich an den Aktionen zur Linderung der Arbeitslosennot beteiligten, erwachte aber auch ihr Interesse an einer gesetzlichen Regelung der Arbeitslosigkeitsfragen, die sie bisher fast allein tragen mußten, ohne einen wesentlichen Einfluß auf die Verminderung der Arbeitslosigkeit ausüben zu können. Dieser Einfluß liegt vielmehr bei den Unternehmern und bei den großen öffentlichen Arbeitgebern, die zugleich die Hauptlast an dem die Arbeiterklasse drückenden Elend tragen, ohne an den Kosten der Unterstützung teilzunehmen.

Die Gewerkschaftsbewegung konnte während der Krise auf zahlenmäßig erkennbare Fortschritte nicht hoffen; ihr nächstes Streben mußte die Erhaltung des gegenwärtigen Mitgliederstandes sein. Das ist ihr auch völlig gelungen; war der Rückgang schon während des Aufstuns im ersten Krisenjahre ganz unerheblich, so dürfte im Berichtsjahre nach den überblickbaren Erfahrungen ein weiterer Rückgang kaum zu verzeichnen sein. Manche Organisationen haben im Gegenteil ihre vorjährigen Verluste wieder ausgeglichen und andre berichten über weitere Zunahmen, so daß die Abnahme in einzelnen kleineren, von der Krise besonders heimgesuchten Verufen kaum schwer ins Gewicht fällt, sondern durch die Zunahmen mehr als aufgehoben werden dürfte. Indes müssen erst die Winterquartals-Bilanz vorliegen, ehe man sich ein zuverlässiges Bild der gewerkschaftlichen Entwicklung machen kann. Die finanzielle Entwicklung der Gewerkschaften dürfte jedoch trotz anscheinlich gesteigerter Einnahmen durch die hohen Arbeitslosigkeits-Ausgaben ungünstig beeinflusst sein. Zum Glück bürgt das Massenbewußtsein der organisierten Arbeiterklasse, ihr wachsendes Vertrauen auf die gewerkschaftliche Organisation dafür, daß alle Verluste in wenigen Jahren mehr als ausgeglichen werden.

Das bedeutendste Ereignis auf gewerkschaftlichem Gebiete war im vergangenen Jahre der vierte deutsche Gewerkschaftskongress und mit ihm die internationale Gewerkschaftskonferenz, die wirksamere als frühere internationale Kongresse die Internationalität der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung behauptete. Der Kongress erledigte eine Fülle gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen von hoher Wichtigkeit. Sein bestes Werk war die Gründung eines Central-Arbeitersekretariats, das in diesen Tagen seine Tätigkeit aufnehmen und hunderttausend Tausenden von Arbeitern, die um ihre gesetzlichen Ansprüche kämpfen müssen, zum Segen gereichen wird. Die auf diesen Kongress beschlossene Verlegung der General-Kommission nach Berlin wird an der bisherigen Wirksamkeit dieser Körperschaft nichts ändern; sie war das Produkt reiner Zweckmäßigkeit - Erwägungen und den Zweck und Interessen der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung wird die Centrale der deutschen Gewerkschaften auch in Zukunft dienen. In ihr letztes Tätigkeitsjahr fallen zwei wichtige Neuerungen auf statistischem Gebiete, die Einführung regelmäßiger Jahresstatistiken der Gewerkschaftsstatistik und Arbeitersekretariate. Das kommende Jahr wird ihr die neue Aufgabe des statistischen Jahrbuches der deutschen Gewerkschaften stellen, das ein Zeugnis der Leistungsfähigkeit unserer Bewegung, vor allem aber ein wichtiges Hilfsmittel im täglichen Wirken derselben sein wird.

Den deutschen Gewerkschaften brachte das verfloßene Jahr zwei Anerkennungen, die ebenso leicht über- als unterschätzt werden. Die Verletzung der Reichsverordnung auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress war nichts anderes, als der Ausdruck des Zugeständnisses, daß die deutschen Gewerkschaften sowohl eine legitime Vertretung der Arbeiterklasse, als auch ein bedeutender Faktor der öffentlichen Meinung des sozialpolitischen Lebens sind, dessen Urteil bei allen Arbeiterfragen nicht zu entbehren ist. Soweit diese Anerkennung den Gewerkschaften von den Staatsvertretern bisher vorenthalten wurde, bedeutet sie allerdings einen Meinungswechsel der Regierung. Von einem Systemwechsel in Bezug auf die Behandlung der Gewerkschaften zu reden, wäre indes verfrüht, da jeder geringste Schein hierfür durch die Zahl der Gegenbeweise erdrückt wird. Die gewerkschaftsfeindliche Tendenz der Regierungskreise besteht nach wie vor; sie kommt zur Geltung in tautend polizeilichen Maßnahmen, mit denen die Gewerkschaften fortgesetzt systematisch beunruhigt werden, in den ministeriell organisierten Justiz-Aktionen, die das Koalitionsrecht der Arbeiter zu Schanden zu machen drohen, in der Haltung des Staats selbst als Arbeitgeber und schließlich in der Art und Weise, wie die Strapp-Verfälschung gegen die Arbeiterbewegung ausgebeutet wurde. Was will dagegen das geringe Zugeständnis bedeuten, daß man den Gewerkschaften gestattet, zur Statistik des Arbeitsmarktes beizutragen? Das beweist

doch lediglich, daß man sie nicht entbehren kann. Dagegen werden sie von der wichtigsten Statistik der Statistik systematisch ferngehalten, um diese Statistik um so tendenziöser gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter auszufallen und im Arbeitsstatistischen Amt wird ihnen keine Vertretung eingeräumt. Das Justiz-Gesetz ist zum Schaden der Arbeiterklasse angenommen worden, ohne ein einziges Gutachten einer der beteiligten Gewerkschaften einzuholen, obwohl von der Entscheidung einzelner Justizfragen das Wohl und Wehe ganzer Arbeiterbeirufe abhängig war. Und deshalb verweigert man den Gewerkschaften den für ihre Existenz unerlässlichen Schutz ihres Koalitions- und Streikrechts gegen behördliche und richterliche Eingriffe, weshalb erwidert man ihnen die korporativen Rechte, die Arbeitgeber-Organisationen so leicht gewährt werden? Und wo liegt die Anerkennung des Gewerkschaftsprinzips: etwa in der Behandlung der Landarbeiter, deren beste Elemente durch die Unterdrückung jeder legalen Organisation systematisch zur Landflucht getrieben werden? — Die Gewerkschaften haben keine Ursache, allzu vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken und sich der Sorge der Staatslenker zu überlassen. Sie werden stets nur diejenige Anerkennung finden, die sie sich erkämpfen, sie werden sich wie bisher auf ihre eigene Macht verlassen, auf die Kräfte der Massenbewegten Arbeiterklasse stützen müssen, um das, was ihnen notwendig ist, zu erhalten, und um ihre Erregungen zu verteidigen. Was sie bisher erreicht, ist nicht einem Liebeswerben um höhere Gunst, sondern zielbewußter Organisation der Arbeitermassen zu danken; auf dieser gefundenen Basis ruhen auch ihre Zukunftserfolge.

Berlin und Umgegend.

Centralverein für Arbeitsnachweis. Bericht über den Geschäftsbetrieb im Monat Dezember 1902: Ungelernte Arbeiter, Arbeiter, Arbeiterinnen, etc.

Deutsches Reich.

Die Maurer in Rathenow haben mit der dortigen Arbeitgeber-Vereinigung einen Arbeitsvertrag abgeschlossen. Auf Grund desselben wird vom 1. April an ein Stundenlohn von 40 Pf. gezahlt. Die Arbeitgeber-Vereinigung erwartet, daß die Arbeitnehmer diesen Vertrag auch bei den außerhalb der Vereinigung stehenden Unternehmern — es sind deren neun — durchführen.

Der Steinbildhauer-Streik in Leipzig dauert bereits neun Wochen. Die Ausschüßigen haben beschlossen, das Gewerbegericht als Eingangsamt anzuerkennen. Im Auslande befinden sich noch 43 Wildhauer. Zwei Unternehmern haben die Forderungen bewilligt.

Die Metallschläger in Nürnberg-Rührl haben sich mit ihren Arbeitgebern dahin geeinigt, daß die wöchentlich 48stündige Arbeitszeit auch ferner beibehalten wird, da die Geschäftslage so ungünstig ist, daß eine weitere Einschränkung der Produktion unerlässlich erscheint.

Der Weberstreik bei Schneider u. Baumgärtel in Gera ist durch Vermittlung beigelegt worden. Die Firma hat die Meerrante Aktien wieder aus den Stühlen entfernt.

Ausland.

Die Arbeiter in Raimis haben den bisher geltenden Lohnvertrag gekündigt und Vorschläge zu einem neuen Uebereinkommen den Unternehmern vorgelegt. Sie verlangen eine Erhöhung des Minimallohnes und eine neue Regelung der Arbeitszeit. — Die Arbeiter in Estkuma haben beschlossen, ihren Lohnvertrag auf den 1. April zu kündigen.

Der Buchbinderstreik in Göttingen dauert unverändert fort. Die Streikenden, deren Zahl jetzt, nachdem einige kleine Arbeitgeber hezwilligt haben, 195 beträgt, halten sehr zusammen, namentlich betreiben auch die Arbeiterinnen eine musterhafte Solidarisität.

Ein Schneiderstreik ist in Groningen in Holland ausgebrochen. Die Zahl der Streikenden beträgt ca. 200.

Lokales.

Reichstags-Abgeordneter Stadthagen spricht heute abend 8 1/2 Uhr in den Armikhallen über Arbeiterrecht und Arbeiterschutz. Regere Beteiligung erbitet. Die Vertrauensperson.

Daß es zweierlei Recht giebt, eines für Bourgeois und eines für Proletarier, ist wohl selten so kraß in die Erscheinung getreten, wie in der Angelegenheit, über die wir gestern aus der Heilstätte an Grabowsee berichteten. Das Scharfmacherblatt „Berliner Neueste Nachr.“ findet es ganz in der Ordnung, daß der Mehrzahl der Patienten in der Heilstätte das Lesen ihrer Zeitung unmöglich gemacht werden soll. Die zwanzig Exemplare, die bisher nach Grabowsee gesandt wurden, sind dem Scharfmacherorgan infolge als Agitationsmittel demütigt worden, und ferner habe die Anstalt auch aus hygienischen Gründen Ursache gehabt, das Weitergeben des „Vorwärts“ zu verbieten. Wörtlich schreibt das Blatt: „Daß die Lektüre des „Vorw.“ aber für die seelische Ruhe der Patienten förderlich ist, wird wohl jeder, der die in letzter Zeit alles Maß überschreitenden Verhörungen und Aufreizungen des genannten Blattes kennen zu lernen Gelegenheit hatte, mit Entrüstung in Abrede stellen!“

Beide Argumente schlagen fehl. Als Agitationsmittel braucht der „Vorwärts“ in der Anstalt nicht zu dienen, weil alle Patienten mit verschwindend geringen Ausnahmen bereits überzeugte Socialdemokraten sind und daher für Agitationsversuche nicht in Betracht kommen können. Wohl aber haben diese Patienten ein Anrecht darauf, auf dem einzig möglichen Wege sich über die Vorgänge in der Partei, der sie mit Leib und Seele anhängen, zu unterrichten. Völlig geradeweg ist das Verlegenheitsargument, daß hygienische Gründe für die Verfügung maßgebend gewesen seien. Es grenzt an ein blaues Wunder, erfährt, daß das Lesen einer Zeitung unter den vorliegenden Umständen überhaupt krankheitsfördernd sei, und zweitens, daß die dem Heilungsprozess entgegenstehenden Wirkungen sich nur bei solchen Patienten äußern, die das Blatt aus der Hand ihrer Leidensgefährten empfangen, und nicht bei denen, die es direkt von der Post beziehen.

In etwas zaghafter Verschleierung will das Scharfmacherblatt einfach zweierlei Recht aufstellen und für kranke Arbeiter in Heilanstalten eine Zuschauverbote festsetzen wissen. Wir wollen einmal annehmen, ein Jahrlicherer ginge in ein Sanatorium und gäbe das „Hegblatt“, an dem er Wohlgefallen findet, nämlich die „Neuesten Nachrichten“, seinen in den politischen Anschauungen mit ihm übereinstimmenden Leidensgefährten zu lesen. Was würde das Blatt wohl für ein Geschick erleben, wenn die Anstaltsleitung das Undenkbare wagen sollte, den kranken Jahrlicherer wegen dieser Handlung auf die Strafe zu setzen? Wahrscheinlich erklärte es die Anstaltsleitung für heilungsbedürftiger als den Patienten, der übrigens ungleich dem Arbeiter in solchem Falle keineswegs materiell schwer geschädigt würde, sondern am selben Tage noch für sein Geld eine andre Heilanstalt aufsuchen

könnte. Es ist bei solchen Gelegenheiten immer sehr reich, zu beobachten, wie die vom Kapitalismus ausgehaltene Presse das Wesen des Rechts und des Rechtsstaates aufkocht.

Zu den Wahlmänner-Ergebnissen im dritten Landtags-Wahlkreise, die gestern vollzogen wurden, wird uns mitgeteilt, daß im 827. Wahlbezirk die Erziehung nicht vorgenommen werden konnte, weil der Wahlvorstand, außer dem zweiten Vorsitzenden, nicht erschienen war.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. folgende Gegenstände der Tagesordnung zu erledigen: Wahl des Vorsitzers und des Vorsteher-Stellvertreters. — Wahl von drei Beisitzern und drei Stellvertretern derselben. — Verleihung der Mitgliedschaft in die Abteilungen. — Beschlußfassung darüber, an welchem Tage und zu welcher Stunde die ordentlichen Sitzungen der Versammlung im Jahre 1903 stattfinden sollen. — Beschlußfassung über die Neuwahl: des Ausschusses für die Wahl der unbesoldeten Gemeindebeamten, des Ausschusses zur Begleichung der Vorlagen wegen Anstellung bezw. Pensionierung besoldeter Gemeindebeamten und Lehrer und des Ausschusses für Petitionen. — Beschlußfassung über die Neuwahl derjenigen Ausschüsse und gemischten Deputationen, welche im Jahre 1903 zur Vorbereitung einzelner Gegenstände eingesetzt, den ihnen erteilten Auftrag aber noch nicht erledigt haben. — Verörterung des zur Vorbereitung der Neuwahl eines Stadtschulrats eingesetzten Ausschusses. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend den speziellen Entwurf für die Gemeindefschule in der Putzmeisterstraße 3/8 und die Vorentwürfe zum Neubau einer Gemeinde-Doppelschule in der Straße 4 und 1A, Abteilung XIII (nahe der Greifswalderstraße), einer höheren Mädchenschule und einer Gemeinde-Doppelschule in der Poststraße 22a/23 sowie einer Gemeindefschule am Koppenplatz 12. — Berichterstattung des zur Prüfung der aus Titel III des Special-Gesetzes 45 für Vereine und Institute bewilligten Beiträge eingesetzten Ausschusses. — Die Einführung neuer Bedingungen für die Gasentnahme aus den städtischen Gaswerken. — Die Bewilligung von Ehrenpreisen an den Verein Berliner Geflügelzüchter „Fortuna“, die Abhaltung von Pferdemärkten auf dem hiesigen Viehhofe. — Die Mietung von Diensträumen für die Betriebs-Straßenläufe der Stadtgemeinde Berlin. — die Annahme der Hinterlassenschaft des Generalconsuls Rabe, — den Vorentwurf zum Neubau des Andreas-Realgymnasiums auf dem Grundstücke Koppenstr. 75/76, — den speziellen Entwurf für den Neubau des Lehrerwohngebäudes in der Köpferstraße, sowie den Umbau des Schulgebäudes der 74./76. Gemeindefschule Doppel-Alte 30/31, — und die Mietung von Räumen im Hause Neue Friedrichstr. 9/10 für die Zwecke des elektrotechnischen Bureaus. — Außerdem findet in dieser Sitzung — und zwar um 7 Uhr — durch den Herrn Oberbürgermeister die Einführung der neugewählten, unbesoldeten Stadträte F a b o n y und S o l l e statt.

Die Annahmestellen der Sparkasse, die zur Erleichterung der Einzahlung von Spargeldern über die ganze Stadt verteilt sind, werden von den Sparern sehr geschätzt und sehr benutzt. Im letzten Etatsjahre (1901/02) wurden in der meistbenutzten Annahmestelle 84 mal so viel Einzahlungen gemacht und dabei eine 47 mal so große Summe eingezahlt, wie in der wenigstenbenutzten Annahmestelle. Die meistbenutzte aller Annahmestellen ist seit einer Reihe von Jahren regelmäßig die in der Lützowstraße. Von den 241 648 Einzahlungen im Gesamtbetrag von 13 150 419 Mark, die im letzten Etatsjahre bei allen Annahmestellen zusammen vorliefen, fielen auf diejenige in der Lützowstraße allein 13 283 Einzahlungen im Betrage von 821 024 Mark. Erst in weitem Abstande folgten die Annahmestelle Mariannenstraße mit 9271 Einzahlungen und 489 528 Mark, eine Annahmestelle in der Brunnenstraße mit 7617 Einzahlungen und 450 065 Mark usw. Den schwächsten Verkehr hatte die Annahmestelle Schmiedestraße, die es nur auf 391 Einzahlungen und 17 888 Mark brachte; einen ähnlichen Schwachs hatte die Annahmestelle Marienburgerstraße mit 483 Einzahlungen und 24 140 Mark, die Annahmestelle Remerstraße mit 649 Einzahlungen und 20 475 Mark usw. Im ganzen ist die Benutzung der Annahmestellen seit einigen Jahren im Niedergange (1899/00, 1900/01, 1901/02: 266 187, 250 848, 241 648 Einzahlungen, 13 047 368, 13 349 968, 13 150 419 Mark), während in den Räumen der Sparkasse selber die Einzahlungen wie die eingezahlten Summen sich weiter vermehrt haben.

In der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle, Alexandrinenstraße 26, ist in diesen Tagen eine neue, etwa 2000 Bände umfassende Abteilung „Nationalökonomie“ der allgemeinen Benutzung übergeben worden. Der in der Ausleih-Bibliothek den Lesern zur Verfügung stehende 150 Druckseiten starke Katalog zerfällt in drei Hauptabteilungen: Volkswirtschaft, Socialwissenschaft, Socialismus und Socialdemokratie; diese wiederum sind der leichteren Uebersichtlichkeit wegen in 30 Unterabteilungen geordnet. Die unter Berücksichtigung der Vorschläge von hochgelehrten sorgfältig getroffene Auswahl wissenschaftlicher und gemeinverständlicher Werke läßt keinen hervorragenden Forscher aller und neuer Zeit unberührt.

Ganz besonders reichhaltig ist die unter Lesern vor allem interessierende Literatur über die neueren nationalökonomischen Theorien und die moderne Arbeiterbewegung vorhanden. In dem Abschnitt: „Arbeiterfrage“ finden sich in den Unterabteilungen: Allgemeines, Gewerbegericht, Arbeitersekretariat, Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis, Gewerkschaften und Koalitionsrecht, Streik, Arbeitslohn, Wohnungsfrage, Arbeiterführer-Gesetzgebung, Arbeiterversicherung, Frauen- und Kinderarbeit, Lage der Arbeiter in einzelnen Verufen usw. wohl alle wichtigeren Schriften über die betreffenden Gegenstände vor.

Die Abteilung Socialismus und Socialdemokratie vereinigt eine sorgfältige und reichhaltige Sammlung von Schriften, die in den letzten Jahrzehnten für und wider Socialismus und Socialdemokratie erschienen sind. Alles in allem ist uns in Berlin außer in den großen staatlichen Instituten keine dem allgemeinen Gebrauch dienende Sammlung nationalökonomischer Werke bekannt, die so übersichtlich angeordnet und dem Publikum mit so geringer Mühe zugänglich ist, wie die oben genannte, und wir wünschen, daß sie regere Benutzung finden möge. Das Institut, Ausleih-Bibliothek wie die mit 440 Zeitungen und Zeitschriften ausgestatteten Leserräume sind geöffnet wochentäglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—8 Uhr.

Polizei und Arbeiterrecht. Nach dem Bericht des Berliner Gewerbegerichts scheint bei den Polizei-Organen in Berlin mehrfach noch die irrige Ansicht zu bestehen, daß bei Gastwirten im Gewerbebetrieb beschäftigte Personen eines Dienstbuches bedürfen. Auch bei dem Erlaß verlorener oder vom Arbeitgeber widerrechtlich vorenthaltener Cautionsurkunden scheint die Polizei nicht immer ganz vorurteilsmäßig zu handeln. Sehr häufig wollen die Parteien vom Polizeibureau abgewiesen und an das Gewerbegericht verwiesen sein. Die Polizei hat in solchen Fällen die Aufgabe, unerbittlich nach Feststellung des Sachverhaltes eine Interimsurkunde auszustellen. Arbeiter müssen mit ihren Schadenersatz-Ansprüchen teilweise abgemittelt werden, weil zu der fortgesetzten Verjährung und der dadurch hervorgerufenen Arbeitslosigkeit weniger der Arbeitgeber als die betreffenden Polizei-Organen Anlaß gegeben hatten.

Zwei jugendliche Eindrehen wurden in Moabit unbeschädlich gemacht. Ein achtzehnjähriger Altmüllerlehrling W e o r g M a t t h e und ein 20 Jahre alter Arbeitsbürige M a r t S a u l z. M. meldete sich bei seinem Meister in Moabit krank, blieb den Tag über zu Hause und brach in der Nacht mit S. in die Wohnung und in die Werkstatt des Meisters ein. Befriedet hatten es die Weiben auf Unterhandlungen und andre Geschäfte abgesehen. Wenn sie in der Waffe weniger fanden, als sie erwarteten, so richteten sie unter den Waren arge Verwüstungen an. In einem Futtergeschäft in Moabit machten sie 32 Kilogramm Butter durch Vermehrung un-

genießbar. Ertrapp und festgenommen wurden die Liebeshater nachts von einem Beamten, der sah, daß an einem Laden die Hochtafel hochgehoben und die Thür dahinter erschossen war.

Die polizeilichen Nachforschungen nach den Urhebern der Zerwürfungen an den Kunstmalern in der Sonntagsnacht scheinen zu positiven Ergebnissen zu führen. Der Arbeiter Pils ist gestern wegen Verbands, in Gesellschaft von sieben jungen Burichen die Kunstmalerei besichtigt zu haben, vorgeführt worden. Er ist mit den Burichen am Köpenicker Platzmarkt gefangen worden. Wie er selbst zugestanden hat, haben er und seine Begleiter in der Fischerstraße in derselben Nacht einen Schaulastern zertrümmert und ein Schild abgerissen. Doch befreit er sich an den Kunstmalern vergriffen zu haben. Die Persönlichkeit der sieben andern ist festgestellt. Pils ist ein gewaltthätiger Mensch, der bereits mehrmals mit den Behörden in Konflikt geraten ist und dem die rohe That wohl zuzutrauen ist. Leider stößt die polizeiliche Ermittlung auf große Schwierigkeiten. Trotz der ausgeübten Belohnung von 1000 M. hat die Kriminalpolizei bisher nur wenige sachdienliche Mitteilungen erhalten. Es wäre doch dringend zu wünschen, daß in einer Angelegenheit, die die ganze Bevölkerung erregt und entzückt, niemand auch nur mit den geringsten Wahrnehmungen über jenen unglücklichen Vorfalle zurückbleibe. — Wie wir weiter erfahren, sind außer dem zuerst verhafteten Arbeiter Hugo Pils noch sein Bruder Karl und zwei Brüder Gustav aus der Stralauerstraße, sowie ein gewisser Franz Hildebrandt eingezogen worden, deren Verhör noch fortdauert. Auch drei andre Burichen, die zu der Kette gehören sollen, sind von der Polizei ermittelt worden.

Nach Beobachtung seines Geisteszustandes wurde gestern der Schul- und Kirchenbedienter Frize aus Steglitz, der durch den Steglitzer Kirchenraub viel von sich reden machte, dem Untersuchungsgefängnis wieder zugeführt. Er befand sich seit dem 25. November v. J. in einem Irrenhause.

Der **Klempner Otto v. Mandt**, der in der Nacht zum Sonntagabend den Gastwirt Alisch auf der Straße überfallen und erschossen hat, erklärt nun, daß er nicht die Absicht gehabt habe, seinen Gegner zu töten. Er will den Revolver blindlings abgedrückt haben, lediglich in der Absicht, den Gastwirt zu verwunden und ohne daran zu denken, daß er ihn tödlich verletzen könne. Der Mörder, der im Gefängnis ein ruhiges, gleichgültiges, ja fast stupides Wesen zur Schau trägt, ist noch völlig unbescholten.

In einer **enkeligen Lage** befand sich am gestrigen Nachmittag der in der Verlenerstr. 38 in Pantow wohnende Kaufmann Gustav Kaiser. Als er gegen 6 Uhr das Geleise dieser Straße überschritt, glitt er aus und fiel nieder, wobei er unter den Vorderperren des Wagens 1112 der Einfahrlinie Spittelmarkt-Niederhörnchen direkt vor dem Schuhrahmen zu liegen kam. Der Verunglückte vermochte sich nicht mehr zu erheben, und schrie, da die schwere Last entsetzlich drückte, jämmerlich um Hilfe. Der Wagen wurde durch Straßenbahnbeamte angehalten, und so gelang es Herrn K. zu befreien. Er hat einen Bruch des linken Schlüsselbeines und starke Verletzungen am Kopf davongetragen.

Volzani's Verhaftung. Der Neutier und frühere Schiedsman N. M. J. Volzani aus der Lindenstr. 66, dessen Verhaftung seiner Zeit großes Aufsehen erregte, befindet sich bereits seit einigen Tagen im Roabiter Untersuchungsgefängnis in Haft; der unterm 15. Septbr. vorigen Jahres wegen schwerer Privaturlundenfälschung in Verbindung mit verurteiltem Betrüge hinter ihn erlassene Steckbrief ist demnach seitens des Untersuchungsrichters beim Landgericht I als erledigt zurückgenommen worden.

Sanitätsrat Dr. J. Abu ist am Montag, den 3. Januar, nach langem schweren Leiden in einem Sanatorium in Groß Lichterfelde verstorben. Er war zehn Jahre hindurch in Leheran in Berlin als leitend. deutscher Gesundheitsarzt thätig und wirkte als Professor an der dortigen medizinischen Hochschule. Dr. A. war auch ein beliebter Publizist, dessen Schriften auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege gern gelesen wurden. Die Leiche des Verstorbenen wird nach Hamburg gebracht und daselbst verbrannt werden.

Eine **Versteigerung von Wertgegenständen**, die Einbrechern und Dieben abgenommen worden, von den rechtmäßigen Eigentümern jedoch noch reklamiert sind, hat gestern, Dienstagvormittag in der städtischen Fondstammer stattgefunden. Die zum Verkauf gelangenden Sachen, als Waffen, Uhren, Ketten, Ringe, Armabänder etc. brachten fast sämtlich das Dreifache der Taxpreise. Ein Posten Brillanten, der ebenfalls verkauft werden sollte, war von der Staatsanwaltschaft noch nicht freigegeben. An den Verkauf schloß sich eine Versteigerung verschiedener polizeilicher Fundgegenstände. Während der Aktion hielten sich auch eine Anzahl Kriminalbeamte in der Fondstammer auf, insoweit dessen die sonst auf dem Hofe resp. auf der Straße arbeitenden „Repper“ und „Schieber“ sich zurückgezogen hatten.

Straßensperrung. Das Engel-Platz von der Adalbert- bis zur Melchiorstraße wird behufs Umpflasterung vom 5. d. M. ab bis auf weiteres für Fußverkehr und Reiter gesperrt.

Das **Polizeipräsidium** teilt mit: Seit 30. Juni vorigen Jahres ist der Arbeiter Otto Rathgeber, 21. Januar 1868 in Berlin geboren, aus seiner in Heiligensee, Amtsbezirk Regell, gelegenen Wohnung, ohne auch nur die geringste Spur zu hinterlassen, verschwunden. Seine Ehefrau vermutet Selbstmord. Der Vermißte ist 1,63 Meter groß, hat dunkle Haare, graue Augen, dunklen Woll- und Schnurrbart, vollständige Zähne, volles Gesicht und neigt zur Korpusulenz. Er war bekleidet mit dunklem Jackett, schwarzer Tuchhose, grauen Strümpfen, gelben Schnürschuhen, blau gestreiftem wollenen Hemde und mit grauem Filzhute. Nachrichten über den Verbleib nehmen sowohl sämtliche Polizeireviere Berlins und der Vororte, die Kriminalpolizei J. Nr. 10349 IV/28. 02 wie auch Frau Rathgeber selbst entgegen.

Feuerbericht. Dienstag früh gegen 7 Uhr wurde die Wehr nach der Kitterstr. 10 gerufen, weil hier auf einem Neubau ein kleines Feuer ausgebrochen war. Gardinen und Kleidungsstücke gingen in der Nacht zum Dienstag in der Köthenerstr. 13 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Dunderstr. 87 ein Kellerbrand abgelöscht werden mußte, der in der Hauptsache alten Hausrat einschloß. Wäschestücke und Möbel waren nachmittags 3 Uhr in der Köthenerstraße 5 in einem Zimmer in Brand geraten, dessen Abkühlung jedoch in kurzer Zeit gelöst werden konnte. Nach der Boppstraße 4 wurde die Wehr gerufen, weil hier in einer Tapezierer-Werkstatt ein Brand entstanden war. Längere Zeit hatte die Wehr in der Nacht zum Dienstag in der Weimenerstr. 15 zu thun. Hier war auf nicht ermittelte Weise in einem Keller ein Feuer ausgebrochen, das bei Anbruch der Wehr schon eine größere Ausdehnung erlangt hatte. Allelei Gerümpel, Asten und Verpackungsmaterial stand in Flammen. Es mußte daher fast eine Stunde tüchtig Wasser gegeben werden, bevor das Feuer beseitigt war. Alarmierungen, die außerdem in den letzten 24 Stunden noch der Schillingstr. 17/18, nach der Wilmersd. 24 und nach einigen andern Stellen erfolgten, waren auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

Das **Apollo-Theater** verwendet noch immer seine Ausstattungspracht an Paul Lindes Operette „Rastlos Hochzeit“. Durch gelassene Stimmungen hat man ein flotteres Tempo in das Stück gebracht, und da die beherrschten Kräfte der Bühne sich auf dem Posten sind, so wird auch das neueste Produkt des populären Apollo-Komponisten gewiß noch eine katilische Reihe von Aufführungen erleben. — Der Spezialitäten-Teil ist aus wenigen Nummern geschickt zusammengestellt. Einer Zeitströmung folgend, hat das Apollo-Theater nicht allein eine weibliche, sondern auch eine männliche Soubrette engagiert. Herr Max de Wirth fügt sich mit Geßicht und Humor in diese, durch etliche Seitenstränge besonders temperamentvoll gemachte Rolle. Seine gesondert auftretende Kollegin ist Fräulein Malkowska, jene Dame, welche in Lindes Frau Luna Vorbeeren sonder Zahl eingeschmilt hat. Weiter wären die Wittingtons als vorzügliche Quatridrillen und die im klassischen Gewande auftretenden Gouller Simon und Paris zu nennen, die gemeinsam mit ihrem Forterrier tolle Dinge verüben.

Aus den Nachbarorten.

Adlershof. Die zweite Volksversammlung findet am Donnerstag im Lokale von Wöllstein statt.

Aus der Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung. Bei der Vorstandswahl am Montag wurden der bisherige Vorsitzende G. Müller und dessen Stellvertreter Justizrat Dr. v. Gordon wiedergewählt. Eine Vertretung unerseits in einem der wichtigsten Ausschüsse, dem Wahlausschuß, zu dem seitens unserer Fraktion Genosse Baumler in Vorschlag gebracht wurde, hat uns die bürgerliche Mehrheit auch diesmal wieder verweigert, da auf den Genannten nur 17 Stimmen eintrafen. Somit werden die Herren auch weiterhin die Praxis befolgen, uns so viel wie möglich von den wichtigsten Ausschüssen, zu denen bekanntlich der Wahlausschuß die Vorschlagsliste liefert, fernzuhalten. — Dem Beschlusse der Stadtverordneten-Versammlung über die Einteilung der Stadt Schöneberg in 75 Wahlbezirke mit 846 Wählern für die Abgeordnetenhaus-Wahlen ist der Magistrat beigetreten. — Die vom Magistrat beantragte Anstellung eines Statistikers im Hauptamt wurde dem Staatsauschuß überwiesen. — Eine recht eigentümliche Beleuchtung erfährt die Leitung der hiesigen Hohenzollernschule (Reformgymnasium) gelegentlich der seitens des Magistrats gestellten Forderung um Anstellung eines Turnlehrers an der genannten Schule. Herr Stadtverordneter-Vorsitzer Müller er sprach von einer Erbitterung in der Bürgererschaft, die durch die seit langem schon andauernde Abwesenheit des derzeitigen Direktors Bartels (auch augenblicklich befindet sich derselbe krankheitshalber auf Urlaub) hervorgerufen sei. Durch die fortwährende Vertretung desselben sollen sich Inzunützigkeiten herausgestellt haben, die eine baldige Aenderung in dieser Angelegenheit erheischen. Trotzdem die beiden ersten Magistratsmitglieder gegenwärtig Versicherungen abgaben, soll dieser gewiß nicht uninteressanten Mitteilung des Stadtverordneter-Vorsitzers Müller in geheimer Sitzung näher getreten werden.

Ueber die Hygiene des Auges spricht Prof. S. Ley-Berlin am Donnerstagabend 8 Uhr in der Aula der Hohenzollern-Schule, Veltzingerstraße 48 zu Schöneberg. Der Eintritt ist unentgeltlich.

Aus Lichtenberg schreibt man uns: Nicht weniger als 32 Anlieger der Frankfurter Chaussee, darunter auch der Eisenbahnführer, haben den Kriegspfad gegen die Gemeinde bestritten. Die Herren des „Standes“, der bekanntlich auf Grund des Kommunalwahl-Gesetzes in der Gemeindevertretung die Mehrheit bilden, weil er angeblich ein besonderes Interesse an der Umwidmung der Gemeinde hat, verlangen auf dem Klagewege die früher veranlagten Bürgersteige-Regulierungslosten, zum Teil recht erhebliche Beträge zurück. Auch gegen das neuere Ortsstatut, wonach die Anlieger zu 75 Proz. der Bürgersteige-Regulierungslosten herangezogen werden können, klagen eine Reihe weiterer Grundbesitzer. Gegen die ihnen auferlegte Reinigung der Bürgersteige von Schnee und Eis wehren sich dieselben Herren — alles weil sie die „Privilegierten“ sind.

Eine **Schadensersatzklage** in der Höhe von 40 000 M. gegen eine Terracingesellschaft, ist zu deren Gunsten entschieden, und der durch Unterlassung des Bestreitens der Bürgersteige schwer verunglückte Einwohner ist mit seinem Erbschaftsprüch an die Gemeinde verwiesen worden. Bei der bevorstehenden Erbschaftsprüch zur Gemeindevertretung und beim Etat werden diese Dinge eine erhebliche Rolle spielen.

Die Stelle eines besoldeten Schöffen für unsere Ort ist nun ausgeschrieben worden. Das Anfangsgehalt beträgt 8000 M. und steigt auf 9000 M. — Für den Bau einer Kirche, die auf dem Grund und Boden der Frankfurter Terracingesellschaft errichtet werden soll, sind 330 000 M. Kosten in Aussicht gebracht worden. Die an dem Bau interessierten Herren rechnen darauf, daß die noch fehlenden 100 000 M. von frommen „Hilfsbüchern“ aufgebracht werden. Ebenfalls giebt man der Hoffnung Ausdruck, daß sich innerhalb der zwei Jahre, in denen der Bau fertig werden soll, die erforderlichen Kirchenbesitzer in unsere sozialdemokratischen Vorort herangebildet haben.

Bernau. 500 M. Belohnung schreibt der Magistrat von Bernau aus für die Ermittlung eines Missetäters, der fortgesetzt, ohne daß die Sicherheitsorgane seiner habhaft werden könnten, auf öffentlichen Wegen und in Lokalen Damenkleider mit äpernder Flüssigkeit begießt. Der Mensch betreibt sein schändliches Handwerk schon wochenlang.

Gerichts-Zeitung.

Der fromme Laienbruder. Wegen eines „frommen“ Betrugsbetruges stand der frühere Laienbruder, Kaufmann Bracht aus Radeborn, gestern vor der zweiten Strafkammer am Landgericht I. Die Anklage lautete auf Urkundenfälschung. Der aus einer frommen katholischen Familie stammende Angeklagte gehörte eine Zeitlang dem Kloster Hünfeld bei Fulda als Laienbruder an und wurde dort auf Grund seiner Vorbildung vorwiegend mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt. Er muß sich wohl im Kloster nicht zur Zufriedenheit ausgeführt haben, denn er wurde am 25. August entlassen. Stellen- und erwerbslos ging er zunächst zu seiner Mutter und wandte sich alsdann, wie so viele schiffbrüchige Existenzen, nach Berlin. Hier langerte er beschäftigungslos herum, erhielt ab und zu Geld von seinen Angehörigen, machte Schulden im Gasthause und suchte sich auf diese Weise durchzuhelfen. Am 28. November vorigen Jahres unternahm er es, die Kenntnisse, die er sich im Kloster erworben, in der Form eines betrügerischen Bettelbriefes auszunutzen. Er wußte, daß dem Dekan in Adelnau viele Respektenden zum Verfügung standen, mit denen armeren katholischen Gemeinden im Bedarfsfalle ausgescholfen wird, er wußte ferner, daß im Einzelgebiet viele arme katholische Gemeinden existieren. Er richtete nun an den Dekan einen Brief und bat ihn in den salbungsvollsten Worten „im Namen Gottes und der allerheiligsten Jungfrau“ um eine Unterstützung in Höhe von etwa 150 M. für eine arme Gemeinde in der Eifel, da er von einem bei ihm weilenden Konfrater in Erfahrung gebracht, daß dem Dekan reiche Respektenden zur Verfügung ständen. Beigelegt war eine Karte, in welcher der Propst bei St. Hedwig und kirchlich-offizielle Delegat K e u b e r das Bittgesuch „untes lieben Konfraters“ auf das dringendste unterstützen zu können erklären. Dem Herrn Dekan in Adelnau schien die Sache doch etwas verdächtig, er setzte sich mit dem Herrn Prälaten Reuber in Verbindung und da zeigte es sich, daß die Karte von Anfang bis zu Ende gefälscht war. Der Angeklagte gab dies unumwunden zu und bat um Nachsicht, da er nur aus Not gehandelt habe. Mit Rücksicht auf die ansehnend tiefe Reue und die bisherige Unbescholtenheit des Angeklagten verurteilte ihn der Gerichtshof nur zu drei Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Ueber den Ritualmord sollte gestern wieder einmal vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. verhandelt werden und zwar auf Grund eines seiner Zeit in der „Staatsbürger-Zeitung“ erschienenen Artikels über dieses Thema, welcher gegen den damaligen verantwortlichen Redakteur Dr. Böckler und den Verfasser, Schriftsteller Paul Koch, eine Anklage wegen Beschimpfung der jüdischen Religion veranlaßt hat. Zum gestrigen Termin war nur der Angekl. Dr. Böckler zur Stelle, der Angekl. Koch war ebenso wie schon bei zwei früheren Terminen, auch diesmal nicht erschienen. Er hatte brieflich angezeigt, daß er sich unmöglich den nach seiner Meinung einseitigen Gutachten des als Sachverständigen geladenen Prof. Dr. Strauß unterwerfen könne und daher den Herreren Krösel in Altona i. P. als Gegen-Sachverständigen dafür geladen habe, daß alttestamentarische Vorschriften den Juden den Ritualmord zur Pflicht machen. Strauß Krösel habe ihm nun gestern telegraphisch, daß er durch eine Amtshandlung am Erscheinen im Termin verhindert sei. Der Angeklagte Koch beantragte daher die Verlegung des Termins. Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage nicht, beschloß vielmehr auf Antrag des Staatsanwalts, den Angeklagten Koch wegen unentschuldigtem Ausbleibens in Haft zu nehmen.

Tom Kampfe gegen freilebende Arbeiter. Von der Anklage des Bergchens gegen § 110 des Strafgesetzbuches ist am 30. August vom Landgericht I. in und der Maurer Heinrich Görres freigesprochen worden. Er hatte in einer öffentlichen Maurer-Versammlung am 23. Juni 1902 gesagt: Kollegen, es bleibt uns nichts anderes übrig, als morgen die Arbeit hinzuzuerwerfen. Ich fordere Sie auf, morgen die Arbeit hinzuzuerwerfen, auch diejenigen, die Kündigung haben, wir können und wollen nicht mehr warten. Die Anklage erblüht in diesen Worten eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Zivilgesetz, welches eine vierzehntägige Kündigungsfrist für die Lösung des Arbeitsverhältnisses vorschreibt. Das Landgericht hat aber angenommen, daß der Angeklagte nicht die Absicht hatte, allgemein zu einer Mißachtung des Gesetzes aufzufordern, daß er vielmehr nur den Streit herbeiführen, also sich und seinen Genossen die Möglichkeit zur Beschaffung besserer Lohnbedingungen gewähren wollte. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil wegen Unklarheit der Begründung auf und verwies die Sache dem Antrage des Ober-Rechtsanwalts entsprechend an ein andres Gericht, nämlich an das Landgericht Bochum.

Ein **nicht altmöglicher Heiratschwinder**, der ein heiratslustiges Dienstmädchen fünf Jahre lang an der Kasse herumgezogen hat, ist der Landwirt Balz aus Lichterfelde. Er stand gestern wegen Betruges vor der II. Strafkammer des Landgerichts I. Der Angeklagte stammt aus wohlhabender Familie, ist selbst Familienvater, hat sich aber gleichwohl nicht getraut, in der Masse eines Mannes, der eine Lebensgefährtin sucht, sich einem Dienstmädchen zu nähern und ihr nach und nach ihre Ersparnisse in Höhe von 2000 Mark abzunehmen. Infolge einer Heiratsannonce des Mädchens setzte sich Balz mit ihr in Verbindung und gab ihr ein förmliches Eheversprechen. Er nannte dabei nicht seinen richtigen Namen und Wohnort, sondern gab an, an der Eisenbahn beschäftigt und in einer kleinen Stadt der Provinz Brandenburg stationiert zu sein. Das Mädchen schenkte ihm volles Vertrauen, war auch damit zufrieden, daß an die Hochzeit noch nicht so bald gedacht werden könne, da angeblich die Eltern des „Bräutigams“ ihre Einwilligung zur Ehe nur widerwillig geben würden. Der Angeklagte kam nun fast jeden Sonntag zum Besuche zu dem Mädchen, führte sie als Bräutigam aus und schmiedete mit ihr allerlei Zukunftspläne. Darüber vergingen Jahre um Jahr, ohne daß das Mädchen irgend welche Zweifel in die ernstlichen Absichten ihres Bewerbers setzte. Solche Zweifel kamen ihr auch nicht einmal, als ihr der Angeklagte nach und nach etwa 2000 M. abgenommen hatte, die angeblich dazu dienen sollten, um den Ankauf einer Gastwirtschaft zu ermöglichen. Wenn sie sich einmal noch dem Schicksal ihrer Spargelder erlaubte, erhielt sie mit freundlichem Lächeln stets die Auskunft, daß diese bei ihm doch ebenso gut aufgehoben seien, als bei ihr. Nachdem so fünf Jahre in Hoffen und harren vergangen waren, stellte der Angeklagte seine Besuche einige Zeit lang ein und erweckte nunmehr das Mißtrauen des Mädchens. Sie reiste nach dem angeblichen Wohnort ihres Bräutigams und erfuhr dort zu ihrem Schreck, daß sie einem Schwindler in die Hände gefallen sei, da ein Mann des von ihm angegebenen Namens gar nicht existierte. Nach einiger Zeit erschien der Angeklagte wieder ganz harmlos bei dem Mädchen, dieses verstand nun aber keinen Spaß, sondern ließ ihn verhaften. An demselben Tage bezahlte seine wohlhabende Mutter die 2000 M. zurück und brachte ihn damit aus der Unterdrückung wieder heraus. Der Angeklagte, der als verheirateter Mann gar nicht in der Lage war, das Mädchen zu heiraten, konnte für sein sträfliches Verfahren eigentlich gar keine Erklärung abgeben. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate, der Gerichtshof erlachte aber auf sechs Monate Gefängnis.

Die **Heilsarmee**. Ausschreitungen in den Gebetsversammlungen der Heilsarmee kommen jetzt seltener vor als im Anfange ihres Bestehens. Gestern gelangte ein derartiger Fall vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zur Erörterung. Der Hausdiener Hermann Jaks war der Störung des Gottesdienstes angeklagt. Am Sonntag, den 26. Oktober v. J., hatte Jaks in angetrunkenem Zustande den Gottesdienst der Heilsarmee in der Postenstraße besucht. Obgleich die Natur ihm die Gabe des Gesanges verweigert hat und sein musikalisches Gehör so beschaffen ist, daß er kaum eine Trommel von einer Violine zu unterscheiden vermag, beteiligte er sich dennoch an dem Gesang und zwar in einer Weise, daß alle übrigen Anwesenden einsetzt schwiegen. Der Leiter der Versammlung ermahnte ihn zur Ruhe und Jaks folgte auch der Mahnung. Als dann aber ein Kapitel aus der Bibel zur Verlesung gelangte, machte der Angeklagte sich wieder in unliebbarer Weise bemerkbar, indem er den Vorlesenden durch allerlei unpassende Bemerkungen unterbrach. Es blieb schließlich nichts anderes übrig, als die Versammlung aufzulösen. Im Termine räumte der Angeklagte ein, daß sein Betragen ungebührig gewesen sei, mit seiner Behauptung der sinnlosen Trunkenheit wurde er aber von den Zeugen in Stich gelassen. Das Gesetz ahndet eine Störung des Gottesdienstes nur mit einer Freiheitsstrafe, der Gerichtshof hielt die Gebetsversammlungen der Heilsarmee für Gottesdienste und verurteilte demgemäß den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von drei Tagen.

Vermischtes.

Ein **Tobjäger**. In Achorn-Flennau verfiel der ledige Friedrich Lott, der Sohn des Altbürgermeisters F. J. Lott, am Sonntag früh in Tobjucht. Mit einem geladenen Armeerevolver richtete er große Verwundungen an: das Dienstmädchen erhielt zwei Augen und ist lebensgefährlich verletzt, der siebenjährige Vater wurde, als er mit einem Licht unter der Schlafzimmerschür erschien, durch einen Schuß 10: niedergestreckt und die verwitwete Schwester konnte nur darum dem Missetäter entfliehen, da dieser erst ihren Hund erschoss, wobei sie sich verbergen konnte. Sie wurde mit ihren Kindern von den zu Hilfe eilenden Nachbarn durchs Fenster gerettet. Friedrich Lott, der schon einmal in der Irrenanstalt Flennau untergebracht war, zeigte in letzter Zeit wieder Geistesgestörtheit. Die Gendarmerie verhaftete ihn.

Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perrückenmacher. (Zweihörsen Berlin). Mittwoch, den 7. d. M., abends 10 Uhr: Versammlung bei Gängel, Rosenhaldenstr. 57.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 7. Januar 1903. Mild und zeitweise heiter, aber sehr veränderlich mit Regenschauern und ziemlich lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

M. J. Redaktion und Verlag der „Arbeiter-Zeitung“ in Wien VI, Mariahilferstraße 59; die Adresse der Expedition dagegen: Frau Marie Komal, Wien XVI, Postgasse 29.

S. C. Die erste Rate ist am Donnerstag, den 1. Mai 1900.

Imbo. Das Looping the Loop im Circus Schumann beruht lediglich auf der Wirkung der Centrifugalkraft. Von Augeninsulten oder „Eckricht“ wie Sie meinen, ist keine Rede.

G. 10. Sie werden gut thun, sich einem erfahrenen Schuhmacher anzuvertrauen.

A. B. 1. 1. Durch jede größere Buchhandlung zu beziehen. 2. Antwort in nächster Nummer.

S. 500. 1. Die Antragsfrist (3 Monate) ist längst verstrichen, eine Beschuldigung daher ausgeschlossen. 2. und 3. Wenn wirklich Gütergemeinschaft bestanden hat — das ist unwahrscheinlich — ja, die Gütergemeinschaft bestanden hat, hängt davon ab, ob ein Vertrag vorliegt und wann und wo die Ehe geschlossen ist. — **R. C. 29.** 1. Kein. 2. Wenden Sie sich nochmals schriftlich an die Armenabteilung, Dammhölzen. — **Albert Neumann.** Sie sind im Arum. Sie haben die Rate voll zu bezahlen.

Otto. Sie: auch ein mündlich geschlossener Weisungsvertrag ist gültig, allerdings nur für die Zeitdauer eines Jahres. — **W. W.** Der Vertrag ist gültig, falls nicht ausdrücklich vereinbart ist, der Vertrag solle nicht mit Aben sondern mit Ihnen und Ihrer Frau geschlossen werden. — **P. T.** Ein Anspruch auf Lagergeld hebt Ihnen nicht zu. Sie können auf Zahlung gegen Abnahme der Sachen klagen. — **1000.** 1. Kein. 2. Ja.

G. 20. 7. 1. Eine Erlaubnis zum Anzug wird nicht erteilt. Sollten Ihre Schmiegeleiten innerhalb 2 Jahren hilfsbedürftig werden, so darf Sie öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen, so können Sie an Ihren früheren

Wohrort zurückverleihen werden. 2. Da. Erziehen Sie doch dem Kinde Ihren Namen. — 6. 5. 1. Sie können Ihre Frau nicht verlieren: der süchtnaustritt ist persönlich zu erklären. 2. Vierzehn Tage. 3. Na. — Streitenber. 1. Militärminister. 2.—4. Benden Sie sich an den Magistrat. — 8. 50. Der Verwalter ist im Recht. — 21. 18. 1. Na. 2. Betrag Ihrer Unfallsrente 15 Proz. oder weniger, so kann auf Ihren Antrag Kapitalabfindung stattfinden. — 21. 2. 400. Ohne Dankgummi, wenn der Tod stattgefunden hat, wann und wo die Ehe geschlossen ist und ob ein Testament vorliegt, sind Ihre Fragen nicht zu beantworten. Ergänzen Sie die zu wiederholenden Fragen nach dieser Richtung hin oder sprechen Sie in der juristischen Sprechstunde vor. — 21. 2. 100. Rein. — 6. 5. 1. Die Jüden gebühren in der Regel bis zur Volljährigkeit des Kindes dem Vater. — Rummelsburg 100. 1 und 2. Rein. — 3. 2. Die Antwort war zweifellos nicht angemessen und ist eine Beleidigung. Eine Beleidigungslage hätte aber in Ihrem Falle wenig Bestand. Die Ausforderung, rechts an dem Schalter herant, links abzutreten, ist im Interesse einer gerechten und lächelnden Abfertigung allgemein erlassen und kann nicht befolgt werden, wird sie nicht befolgt, so ist der Beamte durchaus im Recht, nur die von rechts herantretenden zu bestrafen. Das hätten auch Sie thun sollen. — 21. 2. 2. Weihenburgerstraße. 31 und nicht bekannt.

— 6. 2. 10. 1. Gestalt wird nur bei Nachlass der Verstorbenen. In Ihrem Fall gehört das Erbschaftsamt (falls nicht etwa Eingetragenes oder sonst eigenes Vermögen vorhanden oder die Frau eine eigene Erwerbstätigkeit hatte oder Gütergemeinschaft vorliegt) dem Mann. Im Fall des Todes der Frau erben also die Kinder nichts. 2. Erklären Sie ein gemeinschaftliches Testament. Ein Beispiel hierfür finden Sie auf S. 238 Nr. 57 des dem „Arbeiterrecht“ beigefügten Führer durch das B. G. B. Das Buch liegt in den öffentlichen Verkaufsstellen aus. — Verein G. B. Die Berufung nach in dem schiedlichen Teil durch ein Gemeindeglied desjenigen Erbes stattfinden, in dessen Gemeindeglied die Verammlung abgehalten werden soll. Angabe des Themas kann verlangt werden, damit das wohlhabende Kind erhalte, ob die Verammlung den Zweck habe, Gutes abzurufen oder unbillige Handlungen zu beenden, dazu aufzufordern oder doch dazu geneigt zu machen. Für Brauen ist Ihre Befürchtung unbegründet. Es genügt Angabe des Begriffs der Verammlung, des Erbes und der Zeit, also die frühere Art der Anmeldung. — Eine redaktioneller Hinweis neben der Annonce, also gemessenem eine redaktionelle Annonce, findet bei uns in solchen Dingen grundsätzlich nicht statt. — 2. 46. 1. und 2. Na. 3. Rein. — 2. 1. Als Einzelantritt nicht Ihnen, falls nichts vereinbart ist, eine sechsmonatliche Kündigungfrist zum Quartalsantritt zu. Ist eine längere

frist vereinbart, so ist diese nur dann gültig, wenn sie mindestens 1 Monat beträgt. Ist eine längere Frist vereinbart, so gilt die gesetzliche sechsmonatliche Frist zum Quartalsantritt. 2. Ihr Ehe ist nur dann berechtigt, die ohne Einholung einer Kündigungfrist zu erklären, wenn ein wichtiger Grund vorliegt, z. B. Untreue, Vertrauensbruch, beharrliche Verweigerung die Dienstpflichten zu erfüllen, längere Krankheit, längere Freiheitsstrafe, Trunksucht, erhebliche Ehrenverletzungen gegen den Ehe- oder dessen Schwester. 3. Das Gehalt ist Ihnen monatlich zu zahlen, durch Entgegennahme eines Teils verachten Sie nicht auf Ihr Recht. Es ist aber ratsam, ausdrücklich zu erklären, das Sie auf Ihr Recht nicht verzichten. 4. Ohne Abrede mein: ist das aber ohne Abrede getrieben, so kann aus dieser Beibehaltung das Vorliegen einer Abrede konstatiert werden. Dagegen läßt sich also jetzt nichts mehr machen. 5. Weihnachtsgeldchen und dergleichen können durchhalten nicht abgezogen werden. 6. Ja. J. E. Pantow. Rein.

Briefkasten der Expedition.

Frank. Wie würde sein? können Sie von uns beziehen. Preis 2.— broschiert, 2.50 geb. Betrag bitten vorher einzufenden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 7. Januar.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyperhans. Der Weichling.
Schaupielhaus. Krieg im Sand.
Deutsches. Komma Hanna.
Berliner. Mit-Geliebter.
Veitling. Der blinde Kerkler.
Neues. Die Großstadt.
Rechen. Die beiden Schwestern.
Thalia. Die bösen Mädchen.
Westen. Nonon.
Nachmittags: Ritzgall.
Central. Madame Scherr.
Belle Alliance Theater. Cupido u. Co. Mit Telefon.
Casino. Moderne Frauen.
Apollo. Refik's Hochzeit.
Anfang 8 Uhr:
Schiller. O. (Wallner Theater.) Renaissance.
Schiller. N. (Friedrich-Bühnen-schiller'sches Theater.) Ein Ehrenwort.
Carl Weick. Die letzten Tage der Antillen.
Luisen. Der Herr von Kirchfeld.
Metropol. Reueches Kermesseles.
Buntes Theater. Abergläubisch. — Liebesold.
Kleines. Erdgeist.
Palast. Am hoher See.
Trianon. Die Liebesschankel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Steidl. Spezialitäten.
Passage Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Zauberkünstler.
Das Land Tirol. Täglich geöffnet von 7—11 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.

Sternwarte

Invalidenstrasse 57/62.
CASTANS Panoptikum
Friedrichstrasse 165.
Weihnachts-Ausstellung
Zauberkünstler Mr. Francois Roberts: „Das Verschwinden einer Dame!“
Kasperle-Theater. Lebende Bilder. Grosses Konzert.

Passage-Theater.

Vorstellung.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Woche: 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Die Sensation des Tages:
Augusto
Adamovic
tritt täglich auf:
Nachmittags 7 Uhr.
Abends 10 Uhr.
Willy Prager.
11 neue erstklass. Nummern.

Cirkus Schumann

Mittwoch, den 7. Januar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Parforce-Vorstellung.
Riesen-Programm.
Um 9 1/2 Uhr zum 37. Male:
Mr. Diavolo, der phänomenale
Künstler mit seinem

Looping the Loop.

Die größte Sensation
des XX. Jahrhunderts.
Um 9 1/2 Uhr:

Zum 75. Male:

Die Perle aller Pantomimen
Die lustigen
Heidelberger.

Kleines Theater.

Unter den Linden 41.
Anfang 8 Uhr.
Erdgeist.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurter Straße 132.
Die letzten Tage der Antillen
Romantisch-phantastisch. Ausstattungs-
reich in 9 Bildern von G. Ritterfeld.
Vorges: Die beiden Schwestern.
Sonabendnachmittag: Robinson
Cruiso. Sonntagnachm.: Ise Rönar.
Freitag, 9. Januar: Die Blüte
des Bagno. Schauspiel in
6 Bildern von Gust. Adert.

Trianon-Theater.

Georgenstrasse.
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebesschankel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Singstraße 22. Früher: Feen-Palast.
Das phänomen. Januar-Programm.
Alles neu! Neues! Alles neu!
8 1/2 Uhr. Reinszeniert: 8 1/2 Uhr.
Auf hoher See.
Lebensbild im Gelang u. Tanz in 3 Akten.
The Atlantic, Kraft-III.
Gehr. Bellong, großart. Melange-M.
Jonny Manchonez, des nied. Weltbr.
The Nelsons, eine Scene im Hofsch.
Elsa Byron, Souverain-Diva.
Anfang: Bochent 8. Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Entree 50 Pf.

Steidl-Theater

Linien-
strasse 132.
Novität! Novität!
Familie Humbert
Illusionäre von Fritz Steidl und
das größte glänzende Repertoire der
Steidl-Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 50 Pf., im Vorverkauf
40 Pf.

Winter-Garten

Vollständig neues Programm:
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“.
Morton und Elliott, Excentrics.
Wallno und Marinetta, Tansduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das Berdoverry-Tris.
Adrienne Larive, Pariser Sängerin.
Alburtus u. Gartram, Keulen-Jongl.
Ritche Duo, Bicycle-Künstler.
Die 7 Allisons, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem
goldenen Haar“.
Eine Vision.
Pariser Luft. Ballett.
„Die Reise in den Mond“.
Biographische Bilder.

Cirkus Busch.

Mittwoch, den 7. Januar 1903,
abends 7 1/2 Uhr:
Dahomey.
Elefant im Urwald-See und
auf der Flucht. — Seelöwen.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Tageslosse 11-1/2 Uhr.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Tageslosse 11-1/2 Uhr.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Theater-
und Spezialitäten-
Vorstellung.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.
Tageslosse 11-1/2 Uhr.
5 Künstler-5
Kapellen
Special-Ausschank
der Berliner
Bockbrauerei.

Gratweils Bierhallen

Theater u. Variété
Kommandanten - Straße 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante
Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonabend, Sonntag u. Mittwooch
nach der Vorstellung:
TANZ.

Sanssouci

Kellnertheater
Station der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag,
Donnerstag:
Hofmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solire:
Tanzkränzchen.

Ziehung 3. und 4. Februar 1903.

Geld-Lotterie
Weimar
Lose a 3 M. Porto u. Liste 30 Pf.
173 000 Lose.
4840 Gewinne im Betrage
von Mark
190 000
60 000
30 000
10 000
2 à 5 000 = 10 000
5 à 2 000 = 10 000
10 à 1 000 = 10 000
10 à 500 = 5 000
20 à 300 = 6 000
30 à 200 = 6 000
60 à 100 = 6 000
200 à 30 = 6 000
1000 à 10 = 10 000
3500 à 6 = 21 000
und 50 Gemälde
i. W. v.
Lose versendet d. General-Debit
Lud. Müller & Co.,
Berlin, Breitestr. 5.
Telegr.-Adr.: Glücksmüller.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner Theater). Schiller-Theater N. (Friedr. Bühnen-schiller'sches Theater).
Mittwochabend 8 Uhr:
Renaissance.
Lustspiel in 3 Akten von Franz
v. Schöthan u. Franz Koppel-Wiesl.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Renaissance.
Freitagabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Mittwochabend 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Schaupiel in 4 Akten
von Otto Erich Hartleben.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Jugendfreunde.
Freitagabend 8 Uhr:
Renaissance.

Arnold Scholz Germania-Prachtsäle

Chausseestr. 108.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Hamburger Sänger.
Direktion Otto Steidl und Wilh. Wolff.
Stets wechselndes Programm.
Anfang 8 Uhr. Sons geltem Eintritt 30 Pf.
Jeden
Donnerstag: **Militär-Konzert**
und Familien-Kränzchen.
Jeden Sonntag
von 5 Uhr ab:
Großer Ball.
8 große und kleine Säle unter coulantesten Bedingungen
zu vergeben. 2812

Seeterrasse Lichtenberg

O., Röderstr. 6. Fernspr.: Amt Friedrichshagen 221.
Sie empfehlen den weeten Vereinen und Gewerk-
schaften unser Riesen-Etablissement, welches wir durch
Kinzunahme eines großen Terrains bedeutend vergrößert haben,
zur Abhaltung von Sommerfesten und Gällen auch
Sonntags unter den coulantesten Bedingungen.
Um geneigten Zutpruch bitten
Carl Maschke, Alfred Walter, Restaurateure.
1. Mai noch frei.

Königstadt-Casino.

Holzmarkt 72. Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Spezialitäten-Vor-
stellung. Jed. Mittwoch, Sonnab-
und Sonntag Tanzkränzchen.
Anf. Bochent 8. Sonntags 6 Uhr.

Charlottenburg.

M. Schmerberg
Wilmerdorfer Straße 127.
Uhrmacher und Optiker.
Glocken- und Uhren
und Goldwaren zu
ausrecht billigen Preisen.
Optische Arbeiten. Darschne
werdend schmerzlos gelidert.

Anker

Anker-Brikets

Umsonst

kann niemand Abzüge liefern, ich aber liefern so billig gegen monatliche
Teilzahlung von 10 M., wie anderwärts per Kasse. Bei Barzahlung
auch 10 Proz. billiger.
Wer — selbst — Stoff — hat, fertige Anzüge, Valetots von 30 M. an.
J. Tomporowski, Schneidermeister,
Prinzenstr. 55. I. 2492

bewährteste
Nahrung
für
Kufeke's Hinder-
mehl
gesunde u.
magen-
darmkranke
Kinder.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“
(gegründet 1802)
Ist jetzt jeden Freitagabend im Gewerkschaftshause, Engel-
ufer 13. — Besichtigungen werden am Vortage entgegengenommen.
2901 Der Vorstand.

Central-Theater

Heute: Drei Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder
Erwachsene 1 Kind frei:
Schneeweissen und Rosenrot.
Weihnachtsspielen mit Gelang und
Tanz in 4 Bildern.
Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Donnerstag und Freitag, 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Sonabend, 10. Januar, nachm.
4 Uhr (halbe Preise), jeder Erwachsene
1 Kind frei: Schneeweissen und
Rosenrot. Abends 7 1/2 Uhr: Madame
Sherry.

Thalia-Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:

Die bösen Mädchen.

Große Aufführungsspieler mit Gelang
und Tanz in 3 Akten.
Am 1. Akt: Ein sensationelles
Einfest. Am 2. Akt: Parodistische
Reichthümliche. Großes internationales
Schauspiel. Am 3. Akt:
Drohgeheimnisse. Komma Hanna-
Parodie.
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Der
Verschwender.

Metropol-Theater.

Heute Mittwoch:
Zum zweitenmal
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes!
Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von
Julius Freund. Musik von
Victor Holländer. In Sceno
gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G. Henry Bender.
Frid. Frid. Flora Siding. Hansi
Reichsherg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Rauchen in allen Räumen
gestattet.

Apollo-Theater.

Von 8—9 Uhr:
Brillante Spezialitäten!
Um
9 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
Wasserpfeife-Operette v. Paul Lincke.
Nähen-Gedächtnis 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Sonntag, den 11. Januar, nach-
mittags: Ermäßigter Preise:
Frau Luna.

Luisen-Theater.

Der Pfarrer von Kirchfeld.
Anfang 8 Uhr. Vorverf. 10—2. Klasse.
Vorges: Der Rattenfänger
von Hameln. Freitag: Zum erstenmal:
Die Cameliendame. Sonnabend: Die
Cameliendame. Sonntagnachmittag:
Der Pfarrer von Kirchfeld. 8 Uhr:
Robert und Bertram.

Belle-Alliance-Theater.

Heute u. folgende Tage: Ab. 7 1/2 Uhr.
Cupido & Co.
Schaupiel mit Gel. u. Tanz in 3 Akten.
Herrnau:
Am Telephon.
Drama in zwei Aufzügen.
Ende 10 1/2 Uhr.

Buntes Theater

Köpnickstr. 68. Anfang 8 Uhr.
Liebessold. Komödie in 3 Akten
von Oskar Méténier. Vorher:
Abergläubisch von Marius.
Sonntag, 11. Dez., nachm. 7 1/2 Uhr:
Vollständ. Opernvorstellung bei
bedeut. ermäss. Preisen: Der
Waffenschmied.

Residenz-Theater.

Direktion: Sigmund Lautenborg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die beiden Schulen.
(Les deux Ecoles.)
Lustspiel in 4 Akten v. Mr. Capus.
Deutsch von Theodor Wolff.
Vorges und folgende Lage: Die
beiden Schulen. Sonntagnachm.
3 Uhr: Sein Doppelgänger.

W. Noack's Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Der Goldbauer.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag: Ultra-Vorstellung: Leones
oder die Grabesbraut.

Bernhard Rose-Theater

Bodstr. 58.
Mittwoch, den 7. Januar 1903:
Adam und Eva.
Gesangsspieler in 4 Akten v. E. Jacobson
und L. Gh.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanz.

Casino-Theater.

Lothringers Straße 57.
Neu: Franz Kern Neu: Ren:
Amoues — Gretchen Weimann u.
Dazu mit neuer glanz. Ausstattung:
Moderne Frauen.
Großer Kassenfolg. Zeitgem. Couplet.
Anf.: Bochent 8. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Sonntagnachmittag 4 Uhr: Ehrliche
Arbeit.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden, Bekannten und Verwandten die betrübende Nachricht, daß meine liebe, gute Frau
Johanna Niecke
geb. **Woducinski**,
46 Jahre alt, am 5. Januar 1903, nachmittags 5 1/2 Uhr, nach schweren, schmerzhaften Leiden gestorben ist. Berlin, 6. Januar 1903.
Der tieftraurige Gatte
Gustav Niecke
und die Angehörigen.
Die Beerdigung findet am Freitag, 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Ackerregiments Friedhof, Doppel-Lücke, aus statt.

Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter und verw. Gewerbe zu Berlin.
Am 5. d. M., vorm. 8 1/2 Uhr, verstarb plötzlich an Herzlähmung der Vorsitzende unserer Kasse, der Hochachtungsvoll Herr
August Lübke
im 59. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 8. d. M., nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Ackerregiments Friedhofes, Bergmannstr. 45/47, aus statt. 13945
Wir verlieren in dem Verstorbenen einen treuen, eifrigen Mitarbeiter, dessen Andenken wir stets in Ehren halten werden.
Durch seinen Gerechtigkeitsinn erwirbt er sich die Achtung aller, welche ihn kennen lernten.
Berlin, 6. Januar 1903.
Der Vorstand.
C. Guthait, Rud. Seidel.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der **Herr Bernhard Michaelis**
Sonnabendmittags 3 1/2 Uhr, an Blutvergiftung gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstagmittags 2 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Brigg aus statt.
Um stille Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Begräbnis meines lieben Mannes, meines guten Vaters, sagen wir allen Freunden und Bekannten, ganz besonders dem Vorstand der Maschinenbau- und Holzgewerkschaften und Helfer sowie dem Gefangenen „Epreme“ den herzlichsten Dank. 14113
Ww. Auguste Taegener
nebst Kindern.

II. Wahlkreis.
Socialdemokratischer Wahlverein
für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Mittwoch, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche Generalversammlung
im Habelschen Beamerel-Lindenhof, Bergmannstr. 67.
Tagesordnung: 1. Die Erhöhung der Vereinsbeiträge. 2. Ansprache über den Stand unserer Organisation. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. — Zahlreichem Besuch steht entgegen.
Der Vorstand.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Streich-Konzert.
Sonntags: 15. Januar.
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Berl. Kranken-Unterstützungs- u. Begräbnisverein für Frauen und Mädchen.
Am 5. Januar starb unser treues Mitglied, die Mitbegründerin des Vereins, Frau
Johanna Niecke
im Alter von 46 Jahren.
Die Beerdigung findet am Freitag, 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, von der Halle des Ackerregiments Friedhofes, Doppel-Lücke aus, statt.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.
A. Müller, Sorl, Waldemarstr. 45.

Am 5. d. M., vorm. 8 1/2 Uhr, verstarb plötzlich an Herzlähmung unser verehrter Vorsitzender
Herr August Lübke.
Sein biederer Charakter u. seine humane Handlungsweise haben dem Verstorbenen ein dauerndes Andenken bei uns allen. 13985
Die Beamten der Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter u. verwandten Gewerbe zu Berlin.
Berlin, den 6. Januar 1903.

Allen lieben Bekannten u. Freunden, die unsern innigsten Kummer und Schmerz
Franz Sommer
das letzte Geleit gegeben haben, danken wir für die herzliche Teilnahme. Besonders den Kollegen der K. G. u. G. f. d. h. v. herzlichsten Dank auszusprechen. Frau **Marie Sommer** 13925 und Tochter **Margarete**.
Dr. Simmel, Prinzenstr. 41, Spezialarzt für Haut- und Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Achtung! Genossinnen und Genossen! Achtung!
Heute Mittwoch, den 7. Januar, abends 8 1/2 Uhr:
Volks-Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.
Vortrag des Reichstags-Abg. **Arthur Stadthagen**.
Fortsetzung über: **Arbeiterschutz und Arbeiterrecht.**
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen eruchen
Die Vertrauenspersonen.
1/1

Verfallene Wänder. Goldschmied, wie Bekannte f. Art, gold. u. silberne Wänder, Ketten, Ringe, Ketten u. Ketten, in Gold, weiß, Silber, Gold, Silber u. gelblich u. in Gold, aus in Handl. Tringem. 28 1/2, Ecke Ritterstr.
Anzüge nach Maß für Herren-Knaben
größte Auswahl in u. ausländischen Stoffen für Paletots, Anzüge, Reinfelder etc., werden unter Garantie des guten Stoffs u. überaus billigen Preisen schnellstens angefertigt im Zuschneide- u. Schnittgeschäft bei **A. Karle, Waldemarstr. 66.**

Arbeiter-Samariter-Kolonne.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied
Max Döring
am 3. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am 7. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Ackerregiments Friedhofes (Dahlhoffer Chaussee) aus statt.
Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der **Herr Albert Arndt**
am 4. d. Mts. gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Roedel nach dem Friedhof der Heilands-Gemeinde in Pöhlentze aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
110/5 Die Ortsverwaltung.

Badener Lotterie
zur Hebung der Zucht von Wagenpferden.
Ziehung schon **15. Jan.**
5053 Gewinne i. Werthe v. Mk. 100,000
Loose à 1 M. — 11 Stück 10 M. (Porto und Liste 20 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nacht,
Bank-Geschäft,
Berlin W., Friedrichstr. 181.
Füllalien: 1902.
NW., Wilsnackerstr. 63.
O., Andreasstr. 46a.
SO., Oranienstr. 177.

Zähne 2 M.
10 Jahre Gar. Zeit, wöchentlich 1 M. Vollkommen schmerzlos Zahnzichen 1 M. Kronen 1.50 M. Unvollst. höchst stehender Gebisse. Reparatur sofort.
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 139 (Haus Schaarwächter) Sprechst. 9-7 Uhr.

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umg.
Sonnabend, den 10. Januar 1903:
Grosser Wiener Maskenball
in Kellers festsälen, Koppenstrasse 29.
Um 12 Uhr Demaskierung.
Anfang 8 1/2 Uhr. • Billets 50 Pf. • Ende ???
Billets sind bei den Oblieten der Juchstellen sowie in dem Bureau des Vereins, Zirkauerstrasse 48, zu haben.
Zahlreichem Besuch erwartet
Das Komitee.

Nachruf.
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
(Zahlstelle: Schöneberg.)
Am 31. Dezember verstarb plötzlich unser treues Mitglied
Franz Paul.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Verleih-Institut.
Friedrichstr. 113 Ia. Oran.
Th. El. Frack, Gehrock
150, Hoesel, 00, West. 50 Pf.

Arbeitsmarkt.
Zweiter Anzeigenteil
1/1

Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umg.
Sonnabend, den 10. Januar 1903:
Grosser Wiener Maskenball
in Kellers festsälen, Koppenstrasse 29.
Um 12 Uhr Demaskierung.
Anfang 8 1/2 Uhr. • Billets 50 Pf. • Ende ???
Billets sind bei den Oblieten der Juchstellen sowie in dem Bureau des Vereins, Zirkauerstrasse 48, zu haben.
Zahlreichem Besuch erwartet
Das Komitee.

Lese- u. Diskutierklub Süd-Ost.
Sonntag, den 11. Januar 1903
in den Besamträumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Wer 15
Zwölftes Stiftungs-Fest.
Grosses Künstler-Konzert
unter Leitung des Kapellmeisters M. Fischer.
Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten **Genossen Paul Singer.**
Pahlsches Doppel-Quartett. * Duettisten Gebr. Riedel: The two Pehls.
Anfang des Konzerts 5 Uhr.
In den unteren Sälen von 5 Uhr an Tanz. (Dortin zahlen 50 Pf.) — Während des Konzerts bleiben die Saalthüren geschlossen. — Das Saalchen ist unversperrt. — Eintritt 50 Pf.
Regen Besuch erwartet
Das Komitee.

A. Jandorf & Co.

Der **Inventur-Räumungs-Verkauf**
und Special-Verkauf anderer sehr preiswerter Artikel
hat bereits begonnen und endet **Sonnabend** den 10. Januar Abends.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 16 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.
Restaurant, besteht 29 Jahre, der feinsten, feinsten Küche, 29.
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437
Dreijährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Aufhaken von 18 bis 45 Mark. Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstr. 141, Ecke Anhalterstr. 14656
Dreijährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Verarbeitung und Aufhaken von 18 bis 45 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verlaufs-Germania, unter den Linden 21. 14656
Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Halle des Reiches im Teppichlager Brünn, Haderstr. Markt 4, Bahnhof-Berlin. 119/5
Sportbillig Teppiche, Betten, Steppdecken, Winterpaletots, Anzüge, Remontoluhren, Regulatorien, Gardinen, Spiegel, Badstühle, Kleider, Stoffmengen, Leinwand, Kleiderstoffe, 6. Teilzahlungen gebietet. 55/19
Kamarienabzug, prima Hochweissen, große Auswahl, Großschneider verkauft Kleider, Kleiderstoffe 151 a. 12445

Wingelstücken, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzählung, Woche 1.00, gebrauchte, labellos, (schön) Kappmischerstr. 60/61, Landsbergerstr. 82. 437
Winterpaletots, Anzüge, Koppen, Hosen, fertig und nach Maß, Große Frankfurterstr. 16, August Köhler. 437
1000 neue Nähmaschinen gebe auf Waehrung, ohne Anzählung. Langschiffchen, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Ersatzteile, drei Jahre volle Garantie. Für die Halle meiner Nähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Vorkauf hoher Bekunden. Ernst Sellmann, Gollnowstr. 26, nahe der Landsbergerstr. Alle Maschinen neu in Zahlung. 14652
Nähmaschinen kaufen Sie nur beim Kaufmann am zweitmäßigsten. Folgende Geschäfte von 25 Mark an. Labellos: Ringelst, Bobbin-Schnellnäher, bequeme Teilzahlung modern und monatlich. Reparaturen billig, abgemacht. Diele, Mechaniker, Nähmaschinen-Spedialgeschäft, Brunnstr. 119. 14492
Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437
Waschengarderobe, Betten und Damen. Große Auswahl, feinsten Anzüge billig, Kleider, Kleiderstoffe, 62. 137

Teppiche mit Hardendestern, Hardendestern, Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437
Wäsche mit Sattellücken, 48, sofort 2 Bettstellen, Spinde, Kleiderstr. 181 D, vom IV. Etage links.
Restoration, Kette, fruchtbar, halber billig, verlässlich. Kunstst. erstellt haben, Große Frankfurterstr. 4. 478
Nachhänge, Hebbauer verkauft billig Kramer, Rigaerstr. 106, Hof II. 445
Maschinen, Verle, Holz, Kleider, Bettstellen, Sofa, billig, Frankfurterstr. 100 parterre, Segner.
Grüntraumgeschäft verkauft sofort wegen Krankheit. Uebernahme Wohnung. Wollstr. 21. 13975
Pianos (sogar verlässig) Müllerstr. 120 I. 50/1
Zweijährige Herrenanzüge, Paletots, Kleider, feinsten Stoffen, herabhängend, Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63 I. 13905
Spiegel mit Spind, Nachhänge, Bettstelle verkauft Brack, Ritterstr. 89 II. 13915

Patentbureau Dammann, Dranienstr. 57, Rosenthal. Bis abends neun. 13959
Unfallkosten, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Siegelstr. 65. 10196
Rechtsbureau Jählich, Grüner Weg vierundneunzig, Gerichtsbestand, Eingabengeld, Katerleistung. 13849
Rechtsbureau, Pragerbestand, Eingabengeld, Katerleistung, Fall, Brunnstr. vierzig. 13856
Kunststofferei von Frau Kofsch, Steinmetzstr. 45, Tuergelände, hochparterre.
Naherbestand, Kaffee, Schönhauser Allee 163 a. 128/9
Bereinszimmer noch mehrere Tage in der Höhe zu vergeben. Anna Einke (Beland), Stoltebergstr. 65. 13715
Patentbureau Dammann, Dranienstr. 57, Rosenthal, bis abends neun.

Bissection! Wer sich über diese rüchloste Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Bissection, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Arbeiterverein, Königgräberstr. 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Junger Mann wünscht Stellung als Sachverwalter und Expedienten. C. Reiberg, Gollnowstr. 29, Hof 2 Treppen. 178
Komiker einige Daten frei. Gollnowstr. 7. 17065
Stücker Tischler, bietet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gekocht, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Ratastr. 27, A. Blaser.
Stellenangebote.
1. Blockarbeiter verlangt, dauernd, Gehalt, Udenauerstr. 8. 13855
Grundrieger verlangt Köpplerstr. 130. 13856

Rechtsanwalt verlangt Gehalt, Rigaerstr. 25. 1145
Rechtlicher Sachverwalter wird verlangt. Reib, Gollnowstr. 29, Hof 2. 13905
Arbeiter, der Journiere auf Goldleisten schneiden kann, verlangen Lohn von u. Co., Schönebergstr. 6. 13905
Mädchen für Nachmittags zu zwei Kindern, Oranienstr. 45, IV. rechts. 1467
Kationarbeiterin verlangt Lohn von u. Kaufmann, Wollstr. 62/63.
Zur Arbeitsmarkt durch Besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Relief-Graveure, erkrankte, verlangt Danhäuser, Gollnowstr. 67. 55/20
Achtung, Holzarbeiter!
Gehört sind folgende Verhältnisse für Tischler, Glaser, Maschinenarbeiter und Kellerer:
Eug. u. Engelbrecht, Gollnowstr. 8.
Wagner, Rigaerstr. 52 (Gesperdehof).
Schubert, Rigaerstr. 10.
Bauschler R. Walter, Gollnowstr. 15/16.
Vogelstr. 11, Rigaerstr. 9.
Die Ortsverwaltung.